



Schicksalsgemeinschaft: Schmidt, Entdecker der „Raketenlücke“, und Kalter Krieger Reagan

Im Rahmen des Evangelischen Kirchentages gingen am 20. Juni in Hamburg 80 000 Menschen auf die Straße, unter Parolen wie „Fürchtet Euch – Der Atomtod bedroht uns alle“ und „Frieden schaffen ohne Waffen“. Gruppen von Demonstranten probten Atomkriegsalarm und warfen sich beim Ertönen von Sirenengeheul auf den Boden. Piecyk von den Jusos und Jo Leinen, Spre-

Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Pazifismus entwapnet nur die Arbeiter!

cher des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz, kommentierten übereinstimmend: „Das sind nicht die Leute von der Hausbesetzer-Szene, die meisten nicht die von Gorleben oder Brokdorf“ (*Der Spiegel*, 22. Juni). Allerdings nicht. Doch diese christlich-pazifistische Demonstration der Impotenz war die bislang größte ihrer Art seit Bestehen der Bundesrepublik und gewiß nicht die letzte. Die Kriegsangst in der westdeutschen Bevölkerung ist weitverbreitet, tiefgehend – und vollkommen berechtigt. Spätestens seit dem Machtantritt der Reagan-Bande in den USA ist es nicht nur eine Erkenntnis der Marxisten, daß ein atomarer Weltkrieg drohende Möglichkeit ist.

Die Stimmung vieler – nicht nur „radikalierter“ – Jugendlicher mußten die sozialdemokratischen und bürgerlichen Politiker erfahren, die zuhauf nach Hamburg geströmt waren. Sie hatten nicht immer einen leichten Stand. Als Verteidigungsminister Apel seine Erklärung „Unsere Strategie ist die der Kriegsverhütung“ herunterleierte, stürmten Jugendliche das Podium; Apel ließ sich hernach durch Polizeischilder schützen, anstatt die andere Backe hinzuhalten. Auch Helmut Schmidt, der erklärte „Wer sich nicht wehren kann, dem geht es wie den Afghanen“, sah alt aus.

Die um sich greifende Kriegsangst ist keine Phobie. (Man braucht nicht Lutheraner zu sein, um zu verstehen, daß Atomkriege nicht gesund sind für Kinder und andere Lebewesen!) Doch eine Bewegung, die mit Parolen auf die Straße geht wie: „Stell' dir vor, es ist Krieg, und keiner geht hin“, wird ganz gewiß

nicht den Krieg verhindern. Der Krieg kommt zu dir! – und nicht erst sei' Dresder und Hiroshima.

Krieg ist nicht die Quelle gesellschaftlichen Übels. Das Gegenteil ist der Fall: Krieg ist Symptom und Ergebnis der Übel und Konflikte der gegenwärtigen Gesellschaftsform, das heißt des Kapitalismus. Die einzige Möglichkeit, gegen den Krieg zu kämpfen, ist, gegen die Ursachen des Krieges zu kämpfen. Und da diese in der Natur des Kapitalismus liegen, folgt daraus, daß der einzige Weg, um gegen den Krieg zu kämpfen, der Kampf gegen das kapitalistische System selbst ist. Die Jungs und Mädels des Evangelischen Kirchentags mögen persönlich die Vorstellung des Atomkrieges als recht unangenehm empfinden (wer nicht?), ihre Kirchen werden – wie immer – letztlich die imperialistischen Waffen segnen.

Schmidt denkt, Reagan lenkt

Reagan beabsichtigt, zusätzliche Mittelstreckenraketen, die die Zentren der Sowjetunion westlich von Moskau mit einer Vorwarnzeit von drei bis vier Minuten zerstören können, in Westdeutschland zu stationieren – *komme, was wolle*. Illusionen sind tödlich: Die Pershing II ist eine bunkerbrechende Rakete mit einer Treffgenauigkeit von zwölf bis 40 Metern, die bis zu zwölf Meter tief in gepanzerte Stellungen eindringen kann. Sie ist eine klassische *Erstschlagwaffe*, Teil eines imperialistischen Arsenal, das dafür konzipiert ist, die Sowjetunion durch einen „chirurgischen Schnitt“ zu vernichten. Reagan hat seine Absichten so klar gemacht wie kaum ein anderer bürgerlicher Politiker: „Wir werden den Kommunismus ab-

schließen als ein trauriges Kapitel der Geschichte, dessen letzte Seiten eben jetzt geschrieben werden.“

Die amerikanische Bourgeoisie plant den „beschränkten“ atomaren Holocaust und versucht sich einzubilden, *selber* überleben zu können – deswegen beabsichtigt sie die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles in Westeuropa. „Verteidigungsminister“ Weinberger im Frühjahr: „Das Schlachtfeld des nächsten ... Krieges wird Europa sein und nicht die Vereinigten Staaten“ (*Frankfurter Rundschau*, 29. April). Aber Herr Weinberger irrt sich. Während die über 7000 in Westdeutschland lagernden Atomsprengköpfe und die neuen Mittelstreckenraketen sich gewiß als zentrales Ziel eines sowjetischen Vergeltungsschlages anbieten, würde der Kreml den amerikanischen Kontinent nicht ungeschoren lassen. Letztlich ist es das Trauma der amerikanischen Bourgeoisie seit dem Zweiten Weltkrieg: Wie verwandelt man die Sowjetunion in eine atomare Wüste, ohne selbst dran glauben zu müssen?

Während die USA die größte atomare Aufrüstung der Geschichte durchführt, hat sich der „Friedenskanzler“ Schmidt zum westdeutschen Vorkämpfer des NATO-Aufrüstungsbeschlusses gemacht. Der neue Kanzler von „Blut und Eisen“ erklärt, mit dem Doppelbeschluß „stehe oder falle ich“. Vor dem Bundestag brüstete er sich vor einigen Wochen damit, daß die Bundeswehr, zweitstärkste Armee der NATO, noch nie so ausgerüstet wurde wie unter der sozialliberalen Koalition. Die Herren im Bundeskanzleramt und im Weißen Haus sind sich einig, daß „ihre Länder eine Schicksalsgemeinschaft bilden ...“ Während die SPD/FDP-Koalition taktische Differenzen mit der Rea-

gan-Politik hat, weiß sie, daß Westdeutschland sich gegenwärtig nur im Rahmen des Bündnisses mit den USA und der NATO als imperialistische Macht behaupten kann. Apels „Nachschläge“ für die Rüstung sind quasi zum wöchentlichen Ritual geworden.

Es ist eindeutig, daß der Kampf gegen die Kriegsgefahr nur *gegen* die bürgerliche Bonner Koalition geführt werden kann!

Eppler, Hansen, Coppik & Co.: des Kanzlers loyale Opposition

Die gesamte Strategie der führenden SPD-Linken, wie auch ihres Schattens DKP, läuft darauf hinaus, die bürgerliche Koalitionsregierung in Bonn unter Druck zu setzen, damit sie aus dem NATO-„Nachrüstungsbeschluß“ von 1979 aussteige. Während Erhard Eppler seegestützte Offensivwaffen gegen die Sowjetunion der Pershing II vorzieht, plädieren die SPD-„Außenseiter“ Hansen und Coppik für eine Kürzung des Rüstungshaushaltes 1981 um eine Milliarde Mark (knapp 2,5 Prozent) und für die „Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz, auf der konkrete Schritte zur Abrüstung und für eine europäische atomwaffenfreie und entmilitarisierte Zone erarbeitet werden“ (*Juso-Info* Nr. 1/81). Epplers Sorge gilt einer „vernünftigen“ Rüstungspolitik, die junge Wähler nicht von der SPD wegtreibt – die atomare Zerstörung von Leningrad und Moskau ist es nicht, was ihm den Schlaf raubt. Erhard Eppler auf die Frage des *Spiegel*, wie die SPD aus ihrer gegenwärtigen Krise herauskommen kann, und ob „sie die neue Bewegung dann in sich aufnehmen (kann), wenn sie in die Opposition geht?“, „Jeden-

Fortgesetzt auf Seite 10

Revolutionäre Umgruppierung

Trotzkisten brechen mit der GIM ... 4

Säuberung in IMG ... 6

Schmierer: „Einen deutschen Imperialismus gibt es nicht.“

KBW schwarzrotgold

Knapp anderthalb Jahre nach der Selbstauflösung der Semlerschen KPD macht die größte der maoistischen Organisationen, die aus dem Stalinisierungsprozeß der Neuen Linken Anfang der siebziger Jahre entstanden sind, alle Anstrengungen, ihrem langjährigen Hauptkonkurrenten ins politische Nichts nachzufolgen. Die endgültige Liquidation mag noch einige Zeit auf sich warten lassen. Gewichtige Faktoren mobiler und immobilier Art, die anders als die Leninsche Parteikonzeption nicht mit einem Federstrich zu liquidieren sind, mögen da noch als retardierendes Moment wirken. Der politische Wille, der Arbeiterklasse eine revolutionäre Führung zu geben, eine Partei aufzubauen, die das Proletariat zum Sieg über den Imperialismus führt, solche Impulse gehören jedenfalls nicht mehr zu den Faktoren, die den KBW noch am Leben erhalten.

Das Tempo der Rechtsentwicklung ist atemberaubend: Alles, was man schreibt, kann von der nächsten *Kommunistischen Volkszeitung* (KVZ) überholt werden. Papst Johannes Paul II. wird zum Kämpfer „für Menschenrechte in den Ländern der Dritten Welt“ hochstilisiert (18. April). Der verstor-

Der Papst: „eine wichtige moralische Stütze für den Kampf der polnischen Arbeiter und Bauern“ (KVZ, 18. April 1981)

bene erreaktionäre Primas von Polen, Wyszynski, wird in einem Nachruf belobigt: „unter seiner Führung (ist) die polnische Kirche zum weiten Schutzdach der demokratischen und sich neu entwickelnden Arbeiterbewegung geworden“ (1. Juni). Der Anspruch der Avantgardepartei wird an die Betriebsräte (samt Friedens- und Schweigepflicht!) delegiert, der Ausverkauf der IG-Metall-Bürokratie in Baden-Württemberg als Sieg gefeiert (4. Mai). Der Damm ist gebrochen. Und dann in *Kommunismus und Klassenkampf* Nr. 6/81 (der Titel scheint reiner Zynismus) kommt der wirkliche Knüller: Joscha Schmierer leugnet die Existenz des westdeutschen Imperialismus und nimmt unverhohlen Partei für die USA im Krieg gegen die Sowjetunion.

Wir haben den KBW, auch im Spektrum der diversen maostalinistischen Gruppen, nie für eine besonders linke Variante gehalten. Doch ließ der Kurs der KPD seit 1975, deren offene und schamlose Vaterlandsverteidigung und Anbiederung an die Grünen und Alternativen, den KBW geradezu als den Gralshüter der subjektiv antiimperialistischen Impulse und des elementaren Hasses auf die eigene Bourgeoisie erscheinen, die in der Zeit der antiautoritären Studenten- und Jugendrevolte Ausgangspunkt für die meisten Gruppen der Neuen Linken gewesen waren. Und für gewisse Zeit war es wohl auch noch so, daß unter den KBW-Mitgliedern der Wille spürbar war, nicht so rückgratlos vor der Bourgeoisie zu Kriechen zu kriechen, wie sie das im sonstigen linken Milieu beobachtet konnten.

Doch dieser Restbestand an linker Resistenz wurde durch die Loyalität des KBW

gegenüber der jeweiligen politischen Führung in der VR China ständig unterminiert. Zwar erhob der KBW stärker als andere maoistische Gruppen den Anspruch, seine Politik aus seinem Programm ableiten zu können (allerdings war der Anspruch, aus einer Variation der Minimalforderungen des Erfurter Programms revolutionäre Schlußfolgerungen zu ziehen, immer kautskyianische Scholastik). Doch das Ergebnis geriet spätestens ab 1976 zu einer immer groteskeren Karikatur. Die KBW-Führung fabulierte sich eine Welle ständig wachsender Massenkämpfe zurecht und versuchte, mit immer neuen Wundermitteln und „organisatorischer Projektmacherei“ in diesen eingebildeten Kämpfen „die Einheit der Volksmassen“ herzustellen und „die demokratischen Forderungen der Arbeiterklasse und des Volkes“ geltend zu machen.

Man kann ahnen, welche politischen Verwüstungen in den Köpfen von Leuten angeordnet wurden, die jahrelang im Sandkasten „Volkskämpfe“ gespielt haben, um schließlich damit zu enden, den Arbeitern mit einer wahren Sintflut von Statistiken und Diagrammen zuzurufen: „Nun greift doch endlich zur Logarithmentafel und rechnet nach, wie absolut verelendet ihr seid!“ Die zentrale Schizophrenie des KBW in den Jahren 1975–80 war jedoch seine kritiklose Akzeptierung der chinesischen Drei-Welten-Theorie bei gleichzeitig verzweifelter Versuchen, sich gegen deren unabsehbare Konsequenz, Vaterlandsverteidigung gegenüber dem „Hauptfeind“ Sowjetunion, zu sträuben. Wie anders kann man denn Schmierers „Kampf“ gegen Semlers Vaterlandsverteidigung bezeichnen, wenn nicht als Produkt von Bewußtseinspaltung? Die chinesischen Genossen hätten ja von ihrem Standpunkt aus völlig recht, wenn sie unermüdlich die europäischen Kapitalisten zu verstärkter Verteidigungsanstrengungen im Rahmen einer starken NATO ermahnten. Die westdeutschen Kommunisten jedoch hätten einen anderen Standpunkt einzunehmen.

Das konnte nicht ewig gut gehen. Als sich im Sommer 1980 die damalige Mehrheit des KBW-Zentralkomitees um Martin Fochler mit einigen hundert Mitgliedern absplattete, war die Zeit endlich reif für Schmierer, im Eiltempo die verlorenen Jahre wettzumachen, wo ein „kleinbürgerlich-extremistischer Flügel“ (sprich Fochler & Co.) heimtückisch den „marxistisch-leninistischen Kern“ (Schmierer und seine aufrechten Kämpfer) an der Entfaltung gehemmt hatte.

Wichtigste neue Erkenntnis: falsch war der Versuch, „Bewegungen zu modeln, statt sie

„Räte existieren bereits in Form der Betriebsräte“ (KVZ, 25. Mai 1981)

in ihren tatsächlichen Kämpfen zu unterstützen“ (KuK Nr. 9/80). Wenn der KBW aufhörte, seine hausgemachten Marotten den Arbeitern aufzwingen zu wollen, wäre das kein Grund zur Kritik. Aber welche tatsächlichen Kämpfe unterstützt er jetzt, wie greift er ein und wem gibt er seine Unterstützung? Die Metalltarifrunde bot Gelegenheit, den KBW bei seiner Unterstützungsarbeit zu beobachten. Loderer und Vetter gelang es in diesem Tarifkampf, die Kampfbereitschaft der stärksten Gewerkschaft Europas, deren organisierte Kraft die Grundfesten des westdeutschen Imperialismus hätte erschüttern können, ins Leere laufen zu lassen. Der KBW philosophiert: „Daß so die Streikkasse geschoht blieb, ist auch kein schlechtes Ergebnis... Subjektiv kann die IG Metall zufrieden sein“ (KVZ, 4. Mai). Die Unterstützung gilt der prokapitalistischen Gewerkschaftsbürokratie bei deren Ausverkauf der grundlegendsten Interessen der Arbeiterklasse!

Ein weiteres abstoßendes Beispiel der neuen „Massenpolitik“ ist die inzwischen

vom KBW mitgetragene „Solidarität mit Solidarność“. Wozu denn noch eine Avantgardepartei, wo doch der Primas von Polen alle Eigenschaften eines „progressiven“ Führers hat: Masseneinfluß und jede Menge Antisowjetismus.

Abschied von Lenin

Nach all der liquidatorischen Praxis folgte die passende Theorie: „Die Partei der Arbeiterklasse kann nichts anderes sein als die Arbeiterklasse selber, die entsprechend ihren Interessen mittels Organen der Klasse mehr weniger bewußt und zweckmäßig Partei ergreift“ (KVZ, 25. Mai). Kautsky läßt schön grüßen! Wenn Lenin die Bolschewiki nicht für die „höchste Form der Klassenorganisation“ des russischen Proletariats gehalten und nicht dafür gekämpft hätte, die Arbeiterklasse vom Einfluß der anderen politischen Organisationen zu brechen und für die Politik der Bolschewiki zu gewinnen, hätte die Oktoberrevolution nicht stattgefunden! Schmierer dürfte es heute allerdings nur einen Federstrich kosten, sich von der ersten siegreichen proletarischen Revolution zu distanzieren – vielleicht mit der Begründung,

„Die Kommunisten gehen davon aus, daß die kommunistische Partei als höchste Organisationsform der Arbeiterklasse ist.“

– Hans-Gerhart Schmierer, November 1980 (KuK)

„Es ist gefährlich, die Organisation der Kommunisten als höchste Form der Klassenorganisation zu verstehen.“

– Hans-Gerhart Schmierer, Mai 1981 (KVZ)

sie sei sektiererisch gewesen, da ja die Menschewiki dagegen waren.

Anstelle des Aufbaus der Partei wird die „Arbeiterfront“ propagiert, „die große Teile der Kräfte erfaßt, die von der Sozialdemokratie beeinflusst oder organisiert sind, ohne ihre Trennung von der Sozialdemokratie zu verlangen oder auch nur zu erwarten...“ (KuK Nr. 4/81). Hier wird die leninistische Taktik der Einheitsfront, nämlich gemeinsame Aktionen der Arbeiterparteien – zum Beispiel gegen die Faschisten – bei gleichzeitiger programmatischer Unabhängigkeit der Revolutionäre, vollkommen ins Gegenteil verkehrt. Echte Aktionseinheiten erfüllen den Zweck, den Arbeitern, die noch Vertrauen in die SPD haben, den Charakter der SPD-Führung klarzumachen, die versuchen wird, eine wirkliche Mobilisierung zu verhindern. Die Aufgabe einer revolutionären Partei in Westdeutschland muß sein, die Massen der Arbeiter von den reformistischen, prokapitalistischen Irreführern zu brechen und für ein kommunistisches Programm zu gewinnen.

Die vielen abstrakten Diskussionen im KBW über die „Parteifrage“ umgehen sorgfältig die Frage nach der politischen Grundlage, dem Programm; aber gerade das macht den Charakter der Partei aus. Der KBW ist nicht am Leninschen Parteikonzept gescheitert, sondern an einer Politik, die im wesentlichen darin bestand, ein reformistisches Minimal-Maximal-Programm mit zum Teil abenteuerten Aktionen zu garnieren und so mit scheinbarer Militanz anziehend auf subjektiv revolutionäre Jugendliche zu wirken. Ein weiterer Anziehungspunkt war der Mythos der Kulturrevolution in China. Aber die Militanz ist lange vorbei, und über das einstige „sozialistische Vaterland“ wird heute soweit wie möglich geschwiegen. Übrig bleibt der unverbrämte Reformismus – und darin sind

Organisationen wie DKP oder SPD viel effektiver.

Heute wird die Perspektive der „Arbeiterfront“ noch von den Versuchen Schmierers überlagert, eine „demokratische Front, die quer zu den bürgerlichen Parteien liegt“ und die um „Volksouveränität“ kämpft (KuK Nr. 4/81), zu schaffen. Wer solche Parolen ausgibt, hat nichts mehr mit Klassenkampf im Sinn und führt ihn höchstens noch als Floskel im Mund.

„Einen deutschen Imperialismus gibt es nicht“

Ausgangspunkt der Schmiererschen „Imperialismusanalyse“ ist, daß „heute die Kenntnis der Erscheinungen des Imperialismus und Hegemonismus der beiden Supermächte Allgemeingut sind. Weder der Begriff der Supermächte noch der der Dritten Welt ist von der KPCh oder Mao Zedong erfunden worden“ (KuK Nr. 6/81). Wie wahr! Irgendwelche bürgerlichen Journalisten haben diese Begriffe irgendwann erfunden. Doch unbestreitbar ist, daß sie in der Sphäre, in der sie einst kreiert wurden, inzwischen zu einem Allgemeingut geworden sind – jede morgendliche Zeitungslektüre, von der FAZ bis zur taz, beweist dies. Also kann es nur noch darum gehen, diese Allgemeingüter zu interpretieren. Kleinlaut muß Schmierer allerdings eingestehen: „Wir stehen aber immer noch am Anfang der Analyse.“

Weitaus fortgeschrittener ist dagegen Schmierers Analyse des deutschen Imperialismus. Einen solchen gibt es nämlich gar nicht: „In Deutschland gibt es zwar Finanzkapital und dessen Herrschaft, es gibt auch Kapitalexpert, aber einen deutschen Imperialismus gibt es nicht.“ Drei Absätze weiter spricht Schmierer dann zwar noch von einem europäischen Imperialismus, doch dieser „ist auf dem absteigenden Ast, er ist bereits ein mehr platonischer Imperialismus. Dafür hat einerseits die Dritte Welt gesorgt, andererseits sorgen die beiden Supermächte dafür“ (KuK Nr. 6/81, Hervorhebungen im Original).

Diese beiden, zu bürgerlichem und kleinbürgerlichem Allgemeingut gewordenen Begriffe enthüllen hier ihren erreaktionären, jede Erkenntnis verdunkelnden Charakter. Was Schmierer und mit ihm die ganz antimarxistische Allgemeinheit als „Dritte Welt“ bezeichnen, sind (von China, Kuba, Vietnam und anderen Arbeiterstaaten abgesehen) samt und sonders halbkoloniale kapitalistische Länder. Wenn sie sich aus direkter kolonialer Abhängigkeit befreit haben (oder von den Kolonialmächten daraus entlassen wurden), stellt dies insoweit einen historischen Fortschritt dar, als die Arbeiterklasse dieser Länder es dadurch leichter hat, sich unabhängig von ihrer eigenen Bourgeoisie zu organisieren und für ihre Klassenherrschaft

Fortgesetzt auf Seite 10

Kontaktadressen

FRANKFURT:
Postfach 1 67 47
6000 Frankfurt/Main 1
Tel.: 0611/72 70 54

WESTBERLIN:
Postfach 11 06 47
1000 Berlin 11
Tel.: 030/882 11 75

SPARTAKIST

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
Sektion der internationalen
Spartacist Tendenz

CHEFREDAKTEUR: Frank Behr

REDAKTION: Elke Gasper, Wolfgang Hohmann,
Silvia Lenz, Christoph Steiner (herausgebender
Redakteur), Fred Zierenberg

PRODUKTION: Michael Melcher

VERTRIEB: Henning Weber

PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH:
Wolfgang Hohmann, 6000 Frankfurt/Main 1

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
6000 Frankfurt/Main 1

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in
allen Punkten der Auffassung der Redaktion.
Gedruckt in einem gewerkschaftlich
organisierten Betrieb.
ISSN 01 733-7430

Sri Lanka

Stoppt den Terror gegen die Tamilen!

Der staatlich geschürte Terror gegen die tamilische Minderheit in den Nordprovinzen Sri Lankas (Ceylons) hat ein bedrohliches Ausmaß angenommen. Seit März sind mindestens 89 tamilische Aktivisten „verschwunden“; Polizei und Armee greifen zu den Terrormethoden lateinamerikanischer Todesschwadronen. Unter den tamilischen Opfern, die bei Razzien von unidentifizierten Polizisten in Zivil, oft mit Militäreskorte, festgenommen werden, sind viele Studenten und junge Linke. Die Regierung leugnet, daß sie im Gefängnis sitzen, ignoriert Haftprüfungsbeefehle, weigert sich, Informationen über ihren Verbleib zu geben. Zwanzig aus Westdeutschland zurückkehrende tamilische Jugendliche, denen hier das politische Asyl verweigert worden war, wurden bei Ankunft auf dem Flughafen in Sri Lanka sofort verhaftet. Es gibt guten Grund für die Befürchtung, daß sie das gleiche Schicksal erleiden wie die tamilischen Jugendlichen, die während des Ausnahmezustands 1979 tot aufgefunden wurden, ermordet von der Polizei. Diese Akte rechten Terrors müssen in der ganzen Welt Proteste auslösen!

Auf der Stadt Jaffna im Norden, durch deren Straßen schwer bewaffnete Truppen und Polizisten patrouillieren, lastet drückend die Repression. Die Diskriminierung von Tamilen in der Sprachenfrage, bei der Erziehung, bei Arbeitsplätzen und beim Erwerb von Land ist seit den singhalesischen chauvinistischen Pogromen von 1977 – bei denen über hundert getötet und Tausende gezwungen wurden, in das Elend des Nordens zu fliehen, stärker geworden. Aber sogar noch schlimmer ist die Lage jener Tamilen, deren Vorfahren vor einem Jahrhundert aus Indien nach Ceylon gebracht worden sind, um auf den Plantagen im Hochland zu arbeiten. Ausgebeutet, verarmt, völlig rechtlos, sehen sie sich der Deportation nach Indien und dem Hungertod ausgesetzt. Bis jetzt sind über 300 000 deportiert worden, und mehr als ein Viertel davon sind in den letzten fünf Jahren an Hunger und Krankheiten gestorben.

In wachsendem Maße hat der rechte Premierminister J. R. Jayewardene in seinem Be-

mühen, Sri Lanka „sicher“ für kapitalistische Investitionen und imperialistische Militärbasen zu machen, zu Methoden des starken Staates gegriffen. Als Gegenleistung für amerikanische Hilfe und Mitgliedschaft im anti-kommunistischen ASEAN-Bündnis bietet er steuerfreie Ausbeutung in Colombos Freihandelszone und den strategisch wichtigen Marinestützpunkt Trincomalee als antisowjetische Militärbasis für die USA. Die Angriffe gegen die Tamilen sind die Vorwegnahme zukünftiger repressiver Maßnahmen, die sich gegen jede Bedrohung der kapitalistischen „Stabilität“ richten werden, sei es seitens militanter Gewerkschafter oder Gegner der imperialistischen Militärpräsenz. Die Unterdrückung der tamilischen Minderheit hat auch das Ziel, kommunale und religiöse Spaltungen zu verhärten, um einem möglichen vereinten Klassenkampf gegen die weitverbreitete Arbeitslosigkeit und die unkontrollierte Inflation, die die Preise für Grundnahrungsmittel verdreifacht hat, den Boden abzugraben.

Zweifellos hofft Jayewardene auch, einen Keil zwischen seine Gegner zu treiben, die gerade dabei sind, eine neue Volksfront-Opposition herauszubilden. Die bürgerliche tamilische Oppositionspartei, die TULF, ist ein Bündnis mit der zutiefst singhalesisch-chauvinistischen Sri Lanka Freedom Party von Frau Bandaranaike und ihren Schoßhunden von der LSSP eingegangen – obwohl Bandaranaike & Co. die mörderische Unterdrückung von Tamilen genauso auf dem Gewissen haben wie die von singhalesischen Jugendlichen während des JVP-Aufstandes 1971. Andere tamilische Politiker unterstützen Jayewardene: unter seinen Ministern befinden sich ein Führer der TULF aus der östlichen Provinz sowie S. Thondaman, Vorsitzender der tamilischen Plantagenarbeiter-Gewerkschaft. Die tamilischen Oppositionspolitiker sind trotz ihrer rhetorischen Forderung nach einem abgetrennten Tamilenstaat – Tamil Eelam – loyale Unterstützer der zwei führenden Parteien der Bourgeoisie von Sri Lanka, Parteien, die offen darum wetteifern, wer die Tamilen am blutigsten unterdrücken kann. Die größtenteils buddhistischen Singhalesen rechtfertigen diese niederträchtige Unterdrückung der hauptsächlich hinduistischen Tamilen mit ihren von Schuldgefühlen beladenen Alpträumen von einer Dominierung durch Indien (wo mehrere zehn Millionen Tamilen leben).

Die tamilischen Jugendlichen antworteten in wachsendem Maße mit bewaffneten Aktionen gegen ihre Unterdrücker. Bank-„Konfiskationen“, Erschießungen von Polizisten und bürgerlichen Politikern sind tamilischen nationalistischen Gruppen zugeschrieben worden. (Der 1975 getötete Bürgermeister von Jaffna war eine dermaßen verhaßte Person, daß sich gleich 35 tamilische Jugendliche als dafür verantwortlich bekannten!) Aber solche Aktionen sind im wesentlichen nutzlos und stellen keine ernsthaft Bedrohung für die bewaffnete Macht des bürgerlichen Staates dar. Und das Programm eines abgetrennten Eelam würde im Fall seiner Verwirklichung bedeuten, die Tamilen, die außerhalb der nördlichen und östlichen Provinzen leben, besonders die Plantagenarbeiter, der rassistischen Gewalt des singhalesischen Kommunalismus ans Messer zu liefern.

Unter den unzufriedenen Jugendlichen, denen Arbeit und Ausbildung verweigert wird, finden die tamilischen Guerillas fruchtbaren Boden für Rekrutierungen vor. Außer den 1800 Studenten an der Universität von Jaffna sind tamilische Studenten von allen Universitäten in Sri Lanka ausgeschlossen. Aber während eines kürzlichen Studentestreiks an der Universität von Colombo wurden Forderungen nach der Zulassung von tamilischen Studienanfängern aufgestellt. Dieser Kampf wurde von einem Unterstützer der neugegründeten Spartacist League von Sri



Spartakist Fotos

Über 3000 Tamilen protestierten am 15. Juni auf einer von der TULF organisierten Demonstration in Bonn gegen den chauvinistischen Terror der ceylonesischen Regierung gegen die Tamilen. Die TLD beteiligte sich als **einzige westdeutsche linke Organisation an der Demonstration** (Bild rechts); in New York und London initiierte die internationale Spartacist Tendenz weitere Protestaktionen. Bild oben: Carola Schirm, Mitglied des ZK der TLD, bei ihrer Solidaritätsansprache an die Bonner Demonstranten: „Nicht Singhalesen gegen Tamilen, sondern Klasse gegen Klasse! Wir treten ein für eine Arbeiter- und Bauernregierung in Sri Lanka und Indien!“ Ihre Rede wurde von den Tamilen mit Beifall begrüßt, die TLD verkaufte über hundert Publikationen der internationalen Spartacist Tendenz.



Lanka (der ehemaligen Bolschewistischen Fraktion der zentristischen Revolutionary Workers Party) geführt. Zum ersten Mal in jüngster Zeit setzten sich singhalesische Studenten für die Rechte der Tamilen ein, sie zeigten, welcher Weg vorwärts führt. Die Einheit der Arbeiterklasse gegen den gemeinsamen bürgerlichen Feind, über alle Grenzen der Volksgruppen hinweg, die so lebensnotwendig für die Zukunft des Klassenkampfes in Sri Lanka ist, kann nur geschmiedet werden, wenn die singhalesischen Arbeiter gemeinsam mit ihren tamilischen Klassenbrüdern gegen das rassistische Gift des singhalesischen Chauvinismus und für das Selbstbestimmungsrecht der Tamilen kämpfen. In *Workers Vanguard* Nr. 240, 28. September 1979, schrieben wir:

„Die unterdrückte tamilische Bevölkerung wird die soziale Befreiung nur durch eine Arbeiterrevolution unter Führung einer trotzkistischen Partei erreichen können, die die bewußte Avantgarde aller Sektoren des Proletariats zusammenfaßt. Die besondere Wichtigkeit der Tamilenfrage für ceylonesische Revolutionäre verstärkt sich noch zusätzlich durch die unzähligen Bindungen, die die Insel mit dem indischen Subkontinent auf der anderen Seite der Meerenge verknüpfen. Eine erfolgreiche proletarische Machtübernahme in Sri Lanka könnte nicht lange überleben, wenn sie nicht in großen Teilen Südasiens eine revolutionäre Feuersbrunst entfachen würde. Und die arbeitenden Massen des südlichen Indiens werden die Haltung von ceylonesischen Revolutionären zur tamilischen Minderheit als wichtigen Test für deren internationalistische Bestrebungen ansehen.“

Freiheit für die Opfer des gegen die Tamilen gerichteten staatlichen Terrors! Polizei und Armee raus aus Jaffna! Schluß mit der Diskriminierung von Tamilen bei Erziehung, Arbeitsplätzen und Landvergabe! Volle Bürgerrechte für die tamilischen Plantagenarbeiter! Schluß mit den Ausweisungen –

für das Recht auf Rückkehr der bereits Deportierten! Gleicher Lohn für Plantagenarbeiterinnen! Für das Recht auf Selbstbestimmung der Tamilen im Norden und Osten! Nicht Singhalesen gegen Tamilen, sondern Klasse gegen Klasse! Nieder mit der UNP-Regierung – keine erneuten Volksfronten mehr! Für eine revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung in Sri Lanka! Kein kleines kapitalistisches Eelam, sondern proletarische Revolution auf dem ganzen indischen Subkontinent!

Übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 282, 5. Juni

APPEARING SOON!

SPARTACIST

(English-language edition)
Summer 1981

DM 2,-

Contents include: El Salvador: Military victory to left insurgents! – SWP's about face on Afghanistan – Iran/Iraq blood feud – Spartacist League of Sri Lanka formed – Healy libel suit against Matgama, an attack on the workers movement – France: NATO pop front in power

Order from/pay to:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt 1
Pschk. Ffm 119 88-601 (Verlag Avantgarde)

WORKERS VANGUARD

Marxist Working-Class Biweekly
of the Spartacist League/U.S.

– DM 25,- for 24 issues – AIRMAIL
– DM 8,- for 6 introductory
issues – AIRMAIL

ORDER FROM/PAY TO:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt 1
Postcheckkonto Ffm 119 88 – 601
(Verlag Avantgarde GmbH)

Freiheit für Hermann Gaßmann!

Seit dem 28. März 1981 sitzt der Hamburger IG-Metall-Bildungssekretär Hermann Gaßmann in Einzelhaft. „Verbindung zu einem östlichen Geheimdienst“ lautet die Anklage des Bundeskriminalamtes (BKA). Hermann Gaßmann war einer der Erstunterzeichner eines Appells an die Bundesregierung, nicht der Stationierung zusätzlicher US-Atomraketen in Westdeutschland zuzustimmen. Die Provokation des BKA zielt darauf ab, Aufrüstungsgegner in den Gewerkschaften als Spione hinzustellen.

Es ist ein Skandal, daß die IG-Metall-Führung versucht, die Sache auf dem „Rechtsweg“ zu erledigen und damit dem BKA zu überlassen. Wir unterstützen die Resolution der IGM-Funktionsversammlung in Hamburg vom 18. Juni 1981, die forderte:

- ... sofortige Freilassung Hermanns
- ... Eine öffentliche Veranstaltung mit den DGB-Gewerkschaften in Hamburg ...
- Berichterstattung in der Bundesausgabe (der *metall*-Zeitung) über die politischen Hintergründe.
- *Sofortige Einstellung des Verfahrens!*
- *Für gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen zur Freilassung von Hermann Gaßmann!*
- *BKA – Hände weg von den Gewerkschaften!*

Revolutionäre Umgruppierung

Trotzkisten brechen mit der GIM

Ende Mai traten die Genossen Bernhard (Freiburg) und Claudius (Westberlin) nach einem anderthalbjährigen Kampf innerhalb der Gruppe Internationale Marxisten (GIM) aus dieser rechtszentristischen Filiale des Vereinigten Sekretariats (VS) der „Vierten Internationale“ aus. Dieser Kampf führte sie von der linken Opposition gegen den zunehmenden Rechtskurs der GIM-Führung bis hin zum revolutionären Trotzkismus der internationalen Spartacist Tendenz (iST). Die Trotzkistische Liga Deutschlands (TLD) ist stolz darauf, diese beiden Genossen – Kader mit über vier Jahren Erfahrung in der GIM – für unsere Organisation gewonnen zu haben. Wir teilen die Gefühle des Genossen Claudius in seinem Antrag auf Mitgliedschaft in der TLD:

„Ich freue mich ... endlich in und mit einer Organisation kämpfen zu können, die wirklich für die Weltrevolution, für den Aufbau der revolutionären Weltpartei des Proletariats und für ein Programm kämpft, hinter dem ich uneingeschränkt und ohne Bauchschmerzen stehe.“

Die beiden Genossen sind nicht die ersten, die den Weg von der GIM zur TLD gefunden haben – und sie werden nicht die letzten bleiben. Dies wurde erst jüngst bestätigt. Nach einer Veranstaltung der TLD in Frankfurt am 19. Juni erklärte Tobias (Osnabrück), der zusammen mit Bernhard und Claudius Oppositionsdokumente zur Kriegsfrage und zu Polen unterzeichnet hatte, seinen Austritt aus der GIM, um mit der TLD in Diskussion zu treten. Auf der Veranstaltung hatte der Vertreter des Politischen Büros der GIM, Harri Grünberg, der revolutionären Kritik der TLD an der Kapitulation der GIM vor dem kleinbürgerlichen Pazifismus, ihrer Nachtrapolitik hinter der SPD und ihrer kritiklosen Unterstützung der klerikal-nationalistischen Gewerkschaftsführung in Polen nichts entgegenzusetzen – außer der Ankündigung, daß die GIM gegenwärtig Entrismus in die SPD diskutiere.

Der Kampf von Bernhard und Claudius für eine trotzkistische Alternative, ihr Bruch mit dem pabloistischen Revisionismus und schließlich ihr Beitritt zur iST, sind keine national begrenzten Phänomene. Etwa zur gleichen Zeit erklärte der Genosse Demos, seit zehn Jahren Arbeiter und CGT-Aktivist bei Renault-Cléon, seinen Austritt aus der Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR, Schwesterorganisation der GIM), um der Ligue Trotskyste de France, Sektion der iST, beizutreten. In Britannien wurde Mitte Mai die gesamte linksoppositionelle Communist Faction (CF) bürokratisch aus der International Marxist Group (IMG), der britischen VS-Sektion, ausgeschlossen. Die CF steht zur Zeit in Diskussion mit der Spartacist League/Britain, Sektion der iST, mit dem Ziel, den Aufbau der trotzkistischen Partei als Teil der neuzuschmiedenden Vierten Internationale mit vereinten Kräften zu führen. Erst kürzlich schloß sich das führende Mitglied der linkszentristischen Workers Power Group, Charlie Shell, der Spartacist League/Britain an.

Der Ausspruch von VS-Superstar Ernest Mandel Ende 1979, für die GIM könne man nur noch beten, ist symptomatisch für den Zustand der europäischen VS-Sektionen. Seit Jahren stolpern diese Mandelianer von einer Krise zur nächsten. Bei der GIM – eine der schwächsten VS-Sektionen – zeigte sich die perspektivlose Handwerkerlei und die allgemeine Demoralisierung in besonders krasser Form. Nachdem die GIM (die schon immer ein „Durchlauferhitzer“ gewesen ist) bereits in den vergangenen Jahren massive Einbußen zu verzeichnen hatte, hat seit Anfang letzten Jahres als Reaktion auf die Rechtsentwicklung der Organisation nochmal circa ein Drittel der Mitgliedschaft entweder mit den Füßen abgestimmt oder ist zur Karteileiche geworden, die für die Politik ihrer Führung keinerlei Verantwortung übernehmen, geschweige denn sie aktiv umsetzen will.

Heute ist es der GIM-Führung mit Unterstützung des VS gelungen, die GIM auf sozialdemokratischem Kurs zu konsolidieren, auch wenn interne Widersprüche bestehen bleiben. Erneute liquidatorische Tauchaktionen in die SPD oder ihre Nachwuchsorganisationen, wie schon einmal Anfang der 50er Jahre, stehen an. Die von Michel Pablo konzipierte Politik des Entrismus sui generis in die sozialdemokratischen und stalinistischen Parteien führte vor fast 30 Jahren zur politischen Zerstörung von Trotzkis Vierte Internationale. Und alles spricht dafür, daß das VS diese Politik des „tiefen Entrismus“ erneut entlang der „Prinzipien“ betreiben wird, die 1951 von der österreichischen Kommission für den III. Weltkongreß der Vierten Internationale erarbeitet wurden:

„Die Tätigkeit unserer Mitglieder in der SP wird durch folgende Richtlinien geregelt sein. A. Nicht als Trotzkisten unser vollständiges Programm vorlegen. B. Prinzipienfragen und programmatische Fragen nicht in den Vordergrund schieben...“ (zitiert nach *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 3, März 1975)

Hauptmerkmal des Pabloismus war schon immer die Bereitschaft – auf der Suche nach einem Surrogat für die trotzkistische Avantgardepartei – sich nichtrevolutionären oder sogar nichtproletarischen Kräften zu unterwerfen bzw. als deren Ratgeber zu fungieren. So war Mandel in den späten 50er und frühen 60er Jahren buchstäblich Berater der belgischen Gewerkschaftsbürokratie. Zum Zeitpunkt des Generalstreiks 1960/61 gab er dem „linken“ Bürokraten Renard Flanken-deckung von links, selbst als dieser den Generalstreik der belgischen Arbeiter abblies. Pablo seinerseits hatte die Ehre, Berater der bürgerlich-nationalistischen Ben-Bella-Regierung in Algerien zu sein. Die VS-Revisionisten kapitulieren vor der Aufgabe, wirkliche kommunistische Kader auszubilden, die in der Lage sind, die Massen zu führen. Ob Mao oder die Mullahs oder Mitterrand, die Methode ist immer dieselbe. Wie das Kaninchen auf die Schlange, stiert das VS auf alles, was „sich bewegt“ (Bernstein läßt grüßen), um dem Ganzen als gleich eine „antikapitalistische Dynamik“ anzudichten. Angesichts solcher „Dynamik“ (das VS-Zauberwort) hat die revolutionäre Avantgarde gefälligst in's zweite Glied zurückzutreten oder sich in den Strom hinein aufzulösen. In Frankreich in die „Einheit der Linkskräfte“, in Polen in die Solidarność, in Nicaragua in die FSLN.

Nicaragua, Iran, Afghanistan: immer wenn es galt, den historischen Test der Praxis zu bestehen, hat das VS versagt. Aber damit nicht genug: die diversen Bestandteile dieser „Internationale“ befanden sich jeweils auf entgegengesetzten Seiten der Barrikade, wie schon 1974/75 in Portugal oder 1979 im China-Vietnam-Konflikt. Diese Erkenntnis als auch die immer offenere Anpassung des VS an den wachsenden Antisowjetismus des Kalten Krieges und die damit zusammenhängende Kapitulation vor der Sozialdemokratie waren für eine Reihe von langjährigen VS-Kadern Anlaß für die Aufnahme eines ernsthaften linksoppositionellen Kampfs.

Bereits in dem im Januar 1980 eingereichten Diskussionspapier des Genossen Bernhard hieß es: „Die Krise der GIM ist eine programmatische Krise. Es ist höchste Zeit, die dringend notwendige Diskussion über die zentralen politischen Fragen endlich in Angriff zu nehmen...“ Die Reaktion auf diese Kampfansage an die impressionistische Politik der Führung bestand darin, Bernhard in die TLD-Ecke zu stellen. Fortan wurde der politische Kampf von Bernhard und Claudius durch allerlei Schikanen behindert: Dokumente wurden unterdrückt oder erst nach längerer Verzögerung und wiederholten Protesten an die Mitgliedschaft weitergeleitet. Aber im Gegensatz zur schwammigen, linkszentristischen „Tendenz 5“ setzten die Genossen ihren programmatischen Kampf fort. Insbesondere kämpften sie für die trotzkistische Position der bedingungslosen Verteidigung des degenerierten Arbeiterstaates Sowjetunion und der anderen deformierten Arbeiterstaaten gegen den Imperialismus. Zu Afghanistan (wo das VS inzwischen seine widersprüchlichen Positionen dahingehend geklärt hat, offiziell den Abzug der sowjetischen Truppen zu fordern) war ihre Position: Für den militärischen Sieg der Roten Armee über die reaktionären Freischärler mit ihren Hintermännern im CIA, in Peking und Islamabad („Afghanistan und die Verteidigung der Sowjetunion“, Mai 1980). Gegen den Pazifismus der GIM und der linken Sozialdemokratie machten sie Front in „Für revolutionären Antimilitarismus!“ (Dezember 1980). In dem Papier „Für eine revolutionäre Führung in Polen! Nieder mit der klerikalen Reaktion!“ (Januar 1981) zeigten sie die Perspektive der politischen Revolution des polnischen Proletariats zum Sturz der konterrevolutionären stalinistischen Bürokratiekaste. Diese und andere wesentliche programmatischen Dokumente, unter anderem zur Einschätzung der kubanischen Revolution, sind abgedruckt im Bulletin „Dokumente der trotzkistischen Opposition in der GIM“ (Juni 1981).

Bei vielen GIM-Genossen macht sich angesichts der rapiden Rechtsentwicklung ihrer Organisation Demoralisierung breit. Viele werden in den kommenden Monaten feststellen, daß das, was ihnen die Führung als „Taktik“ verkauft hat, in Wirklichkeit eine strategische Wende zur Sozialdemokratie darstellt. Diese Wende akzeptiert zu haben ist eine Sache, mit ihr zu leben eine andere. Die GIM und das VS haben seit 1968, als sie im Strom der Antivietnamkriegs-Jugendradikalisierung Ho, Ho, Ho Tschin Minh skandierten, bis heute eine weite Strecke zurückgelegt – in die falsche Richtung. Die Genossen Claudius und Bernhard haben in ihrem Kampf gegen den Rechtsopportunisten den Weg aus der GIM-Sackgasse gewiesen: vorwärts zu einer aktiven, interventionistischen, prinzipienfesten trotzkistischen Politik. Wir sind überzeugt, daß ihnen in der kommenden Periode etliche folgen werden. Den Genossen und Genossen, die auf der Suche nach einer revolutionären Alternative sind, bieten wir eine Perspektive: Kampf für die Wiedergeburt der Vierten Internationale in den Reihen der internationalen Spartacist Tendenz.

Wir drucken nachfolgend die Austrittserklärung von Bernhard und Claudius ab, die auf der nationalen GIM-Schulung in Bielefeld am 31. Mai verteilt wurde.

GIM: Kein Platz für Trotzkisten

Für den Aufbau der revolutionären Partei!

„Jetzt in den Augen von Spießbürgern, Heulsen und seichten ‚Denkern‘ ein revolutionär-marxistischer Sektierer zu bleiben, ist die größte Ehre für einen wirklichen Revolutionär.“ (Trotzki an Souvarine, 1929)

Nach mehr als einem Jahr programmatischer Auseinandersetzung mit dem rasanten Rechtskurs der GIM und des Vereinigten Sekretariats sind wir überzeugt, daß es nur eine Perspektive für Genossen gibt, die für die internationale proletarische Revolution kämpfen wollen: raus aus dieser bankrotten Organisation, für eine ernsthafte Diskussion mit der Trotzkistischen Liga Deutschlands.

Die von Carter vorbereitete Kalte-Kriegs-Offensive von Ronald Reagan macht die Frage der Verteidigung der sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution gegen den Imperialismus (trotz der stalinistischen Bürokratie, die durch die proletarische politische Revolution gestürzt werden muß) zur Scheidelinie für Trotzkisten, so wie sie es schon einmal, in Trotzkis letztem politischen Kampf – gegen die kleinbürgerliche Opposition von Shachtman – gewesen ist. Aber die

GIM macht sich zum Anhängsel des kleinbürgerlichen Pazifismus, anstatt in der Tradition von Lenin und Liebknecht gegen den imperialistischen Krieg und die Bedrohung der Arbeiterstaaten zu kämpfen („Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“). Nach über zehnjährigem Zwischenspiel in verschiedenen Bewegungen der „neuen Massenavantgarde“, nach dem Auf- und Abspringen von einem abgefahrenen Zug auf den anderen (Guerillaismus, Feminismus, Anti-AKW usw.) hat die GIM spätestens seit der Strauß-Kandidatur die Weichen gestellt: zurück zu ihrem Heimatbahnhof, der Sozialdemokratie. Trotzkistische Politik bleibt dabei nach wie vor auf dem Abstellgleis, bzw. kommt erneut unter die Räder. Das Reismotto lautet „Einheitsfrontorientierung“ gegenüber der SPD, und zusehends degeneriert die GIM selbst zur (bislang noch) externen Fraktion der Sozialdemokratie.

Die Krise der Menschheit ist die Krise der proletarischen Führung – diese Aussage des Übergangsprogramms ist heute aktueller denn je. Aber je weiter die Zeit fortschreitet, desto klarer wird: die sogenannte „IV. Internationale“ wird diese Krise niemals lösen können. Wir haben gesehen, wie diese „IV. Internationale“ zum Apologeten für den klerikalen Reaktionär Chomeini wurde und wie sie in Nicaragua, vor der FSLN kapitulierend, die Perspektive einer trotzkistischen Partei sabotierte und die eigenen Genossen denunzierte. Wir haben mitbekommen, wie

Nicht der letzte...

Das PB-Mitglied der GIM Harri Grünberg erklärte auf der TLD-Veranstaltung „Klassenkrieg gegen imperialistischen Krieg“ am 19. Juni 1981 in Frankfurt, daß die GIM zur Zeit eine Wende vollziehe. Das ist richtig. Sie macht eine Wende hin zur Liquidation in die Sozialdemokratie ...

Die neue „Wende“ der GIM stellt eine erneute Kapitulation vor der Aufgabe dar, eine revolutionäre trotzkistische Partei aufzubauen. Nachdem die GIM einer Bewegung nach der anderen nachgetrabet ist („neue Massenavantgarde“), schwimmt sie jetzt mit dem Strom großer Teile der Linken zurück nach rechts zur SPD. Als ihre Hauptaufgabe sieht sie es an, Ratgeber und Pressure group der „linken“ Sozialdemokratie zu sein. Die GIM schürt Illusionen in diese, anstatt kritischen Sozialdemokraten eine revolutionäre Perspektive zu weisen und sie von Betrügnern wie Hansen und Eppler zu lösen, die sie nur für eine Pro-NATO- und pro-imperialistische Politik integrieren wollen, die gegen den Nachrüstungsbeschluß *deswegen* sind, weil sie das Vertrauen in die NATO erhalten wollen...

Meine Beschäftigung mit der Geschichte der Vierten Internationale und der sich auf sie berufenden Strömungen hat mir gezeigt, daß es sich nicht um Fehler der letzten Zeit handelt, sondern seit Pablo (mit seinem Liquidationsentrismus als Vorbild für die jetzige Politik der GIM) um eine Methode von Nachtrab- und Liquidationspolitik, um eine Politik des Anbetens der allmächtigen und allgegenwärtigen „Dynamik“, von Kuba über Nicaragua bis Polen.

Deswegen trete ich aus dieser pseudotrotzkistischen Organisation aus. Ich will für eine revolutionäre trotzkistische Partei kämpfen, die in der Lage ist, eine positive Antwort auf das Problem zu geben, daß die Krise der Menschheit die Krise der proletarischen Führung ist. Deshalb trete ich mit der Trotzkistischen Liga Deutschlands, Sektion der internationalen Spartacist Tendenz, in Diskussion.

Frankfurt, den 20. Juni 1981

Tobias (Osnabrück)

Freiburg, Frankfurt, Westberlin: TLD kontra GIM

Revolutionärer Antimilitarismus oder Sozialpazifismus?

Zum ersten Mal seit Jahren sah sich die Gruppe Internationale Marxisten (GIM) gezwungen, auf TLD-Veranstaltungen ihre Politik in der Friedensbewegung und gegenüber der SPD zu verteidigen. Der Austritt der Genossen Bernhard und Claudius aus der GIM, die Mobilisierung der TLD für Veranstaltungen in Westberlin, Frankfurt und Freiburg waren die Gründe. So polarisierte die Alternative, entweder revolutionärer Antimilitarismus oder kleinbürgerlicher Pazifismus, die gut besuchten Veranstaltungen Ende Mai.

„Die GIM ist unfähig, die Klassenlinie zu ziehen!“ sagte Genosse Bernhard, als er den Kampf der trotzkistischen Opposition gegen die Unterstützung der SPD bei den Bundestagswahlen, die Bejubelung der klerikalen Reaktion in Polen, dagegen, in Afghanistan nicht Seite zu beziehen, kurz, gegen die Nachtrapolitik der GIM, schilderte. „Arbeitsplätze statt Rüstung“, „einseitige Abrüstung – Kürzung des Rüstungshaushalts“ (*was tun*, 30. April) sind die reformistischen Losungen der GIM, mit denen sie „innerhalb der Sozialdemokratie“ gegen die Kriegsgefahr mobilisieren will. Die TLD-Sprecher Ulrich Sandler in Westberlin (1978 bürokratisch als Oppositioneller aus der GIM ausgeschlossen) und Fred Zierenberg in Freiburg und Frankfurt stellten diesem liberalen Friedensgesäusel Lenins Kampf 1916 gegen die Sozialpazifisten entgegen: Kapitalismus bringt Krieg hervor. Die Bourgeoisie wird sich nicht selbst entwaffnen. Die Arbeiterklasse muß sich bewaffnen, um die „Entwaffnung“ der Bourgeoisie bewerkstelligen zu können. Die Vertreter der pazifistischen Ideologie sind die Hauptgegner im Aufbau der revolutionären Partei. Sie binden die Arbeiterklasse an die Bourgeoisie, verschütten die einzig wirkliche antimilitaristische Perspektive: die eigenständige Klassenaktion – und lassen die Arbeiterklasse unvorbereit



16. Mai: Genosse Bernhard spricht auf TLD-Veranstaltung in Freiburg

et, wenn „unerwartet“ der Krieg wirklich ausbricht.

Die Aufrüstungsgegner in der Sozialdemokratie sind nicht gegen die NATO, gegen die Bundeswehr. Die GIM hängt sich mit der Selbstbeschränkung auf die Losung: „BRD raus aus der NATO“ an die nationalistische sozialdemokratische Linke an. Die Losung „Nieder mit der NATO“ findet man in den Spalten der *was tun* ebensowenig wie einen Hinweis auf die trotzkistische Position, die Sowjetunion gegen imperialistische Angriffe zu verteidigen. Ganz im Gegenteil: Für die französische Schwesterorganisation der GIM, die LCR, und für die amerikanische Schwesterorganisation, die SWP, heißt „einseitige Abrüstung“ ein Appell an die *Sowjetunion*, mit gutem Beispiel voranzugehen! Die TLD dagegen setzt an der Friedenssehnsucht der Massen an, aber sie interveniert in den pazifistischen Mobilisierungen, um Anhänger für eine revolutionäre Perspektive zu gewinnen, für das Verständnis: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“

Genosse Claudius sprach eine andere Erfahrung aus seiner GIM-Zeit an, die seiner Wehrpflicht: „In der Freiburger Ortsgruppe

wurde Druck auf mich ausgeübt, zu verweigern. Ich habe in der ganzen Zeit keine Unterstützung meiner Arbeit gekriegt, war völlig auf mich gestellt, und als dann die Nationale Konferenz kam, ging die Freiburger Ortsgruppe sogar soweit, mir das Stimmrecht zu verweigern, da klar wurde, daß ich eine linksoppositionelle Position hatte.“ In Freiburg sowie in Frankfurt versuchten die anwesenden GIM-Führungsmitglieder, Bernhard und Claudius zu diskreditieren: sie hätten angeblich nie einen Kampf in der GIM geführt und seien völlig passive Mitglieder gewesen. Die etwa 30 Teilnehmer an der Freiburger Veranstaltung, das Bulletin „Dokumente der trotzkistischen Opposition“ sind eindeutige Gegenbeweise. Genosse Bernhard führte aus, daß er und Claudius in Wirklichkeit zu den wenigen in der Öffentlichkeit aktiven Mitgliedern gehört hätten, da in der GIM eine Paranoia vor Gewerkschaftsausschlüssen und Berufsverboten existiere. Ein Rekrutierungsvorschlag Bernhards, der Genosse Reinhard, der auf der Veranstaltung aktiv auf Seiten der TLD in die Debatte eingriff, wurde damals sogar von der GIM aus angeblich persönlichen Vorbehalten zurück-

gewiesen – es war aber klar, daß es hier um seine Gegnerschaft zu pabloistischen Positionen ging, zum Beispiel sein Eintreten für den Sieg der Roten Armee in Afghanistan.

„Die GIM hat den Trotzkismus in Freiburg diskreditiert!“ sagte Genosse Claudius zum Abschluß. Er und Bernhard seien beim Verkauf der *was tun* während der Wahlkampagne gar für Jusos gehalten worden. Die Frankfurter Veranstaltung zeigte dann, daß die Charakterisierung der GIM als „(noch) externer Fraktion der Sozialdemokratie“ nicht überspannt war. PB-Vertreter Grünberg ließ die Katze aus dem Sack: „Die GIM macht momentan eine sehr entscheidende Wende, die davon ausgeht, daß nach jahrelanger fehlerhafter Einschätzung (der Sozialdemokratie) die GIM heutzutage mit der Entscheidung, für die SPD aufzurufen, begonnen hat, sich innerhalb der Arbeiterklasse in Westdeutschland einzuklinken.“ Die massiven GIM-Austritte während des letzten Jahres tat er als „Gesundungsprozeß“ ab. „In der GIM hat eine Diskussion begonnen über die Frage, ob man Entrismus in der SPD machen soll oder nicht.“ Bedingungen seien eine starke Organisation, eine eigene Zeitung, eigene Propagandamittel. In der Diskussion wurde ihm geantwortet, daß heute, wo versucht wird, „linke“ Sozialdemokraten wie Hansen aus der SPD auszuschließen, keine Möglichkeit für Entrismus gegeben sei. Was die Zeitung betrifft – sie wird bereits zusehends mehr und mehr von linkssozialdemokratischer Politik geprägt.

Und der zynische PB-Vertreter Grünberg erhielt nicht nur rhetorische Antworten: Genosse Tobias, Mitunterzeichner oppositioneller Kampfdokumente in der GIM, der an der Frankfurter Veranstaltung teilgenommen hatte, erklärte danach ebenfalls seinen Austritt aus dieser vor der Sozialdemokratie auf dem Bauch liegenden Organisation. ■

die Linie der Unterstützung der bürgerlichen SPD/FDP-Koalition durchgesetzt wurde und wie jetzt die prokapitalistische Gewerkschaftsbürokratie des DGB und die SPD aufgefordert werden, ihren Einfluß in Polen geltend zu machen, was nichts anderes bedeutet, als der sozialen Konterrevolution den Weg zu ebnen. Wir haben gesehen, wie diese abgehalfterte Internationale es nicht einmal in Afghanistan fertig brachte, die Klassenlinie zu ziehen und für die Rote Armee gegen die reaktionären Mullahs und Khane Partei zu ergreifen, deren soziales Programm sich in der Versklavung der Frauen nebst Abschlichten bzw. -häuten kommunistischer Lehrer erschöpft. Uns aber geht es immer und überall um den Klassenstandpunkt: wir hatten eine Seite bei Stalingrad – und wir haben eine in Afghanistan! Uns reicht's! Wir wollen eine leninistische Partei aufbauen, die die Arbeiterklasse zur revolutionären Macht ergreifung führt, bevor es zu spät ist – die GIM ist nichts als ein Hindernis auf dem Weg dorthin.

Seit der Nationalen Konferenz vom Februar 1980, auf der es eine Mehrheit der Organisation gegen die Wahlunterstützung der SPD gab, hat sich in der GIM einiges verändert. Zu jenem Zeitpunkt gab es zum ersten Mal seit Portugal Ansätze zu einer halbwegs politischen Diskussion. Aber seit der Extra-NK vom Juni 1980 wird die GIM von der Pro-SPD-Leitung auf der sozialdemokratischen Linie „homogenisiert“. Und wohin auch immer unsere Mitgliedsbeiträge wandern mögen, die Veröffentlichung von internen Bulletins zum Zweck der demokratischen innerorganisatorischen Diskussion gehört jedenfalls ganz bestimmt nicht zu den Prioritäten der neuen zynisch rechten Leitung. Entscheidend verantwortlich für diese Situation ist die damalige diffuse „Linksop-

position“ innerhalb der GIM. Heute ist sie ein politisches Wrack. Vor allem die auf einer prinzipienlosen Grundlage gegründete „Tendenz“ 5 war und ist eine demoralisierende *Barriere* für Genossen, die wirklich Revolutionäre werden wollen. Die Berliner T5 befindet sich heute, nach ihrem kapitulantenhaften Abgang aus der GIM, irgendwo zwischen perspektivlosem Zirkelwesen und unpolitischem Rückzug ins „Private“, sprich in die vermeintlichen Nischen und Ritzen des Kapitalismus. Bis heute war sie nicht in der Lage, auch nur ein programmatisches Dokument herauszubringen. Das, was sonst noch an T5lern übriggeblieben ist, fristet derzeit ein jämmerliches Schattendasein innerhalb der Organisation. Die heterogene T5 und ihre Vertreter in der Leitung waren unfähig und nicht willens, für eine revolutionäre Alternative zur rechtsopportunistischen GIM-Führung zu kämpfen (ganz zu schweigen von den betriebsbornierten Workeristen von der Tendenz 3). Der Genosse Bernhard schrieb bereits vor einem Jahr: „die T5 gleicht eher einem ‚linken Zwischensumpf‘ als einer klaren programmatischen Alternative. Sei es nun zum Iran oder zu Afghanistan, zum notwendigen Aufbau kommunistischer Gewerkschaftsfaktionen auf Basis des Übergangsprogramms oder zur ‚SoGePo‘ (sozialistische Gewerkschaftspolitik): weil sie sich in all diesen Schlüsselfragen uneins sind, vereinigten sich die Tendenzmitglieder, anstatt die wirkliche Klärung dieser Fragen voranzutreiben, lieber auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner – Hauptsache rechtzeitig zur NK.“ („Welcher Weg vorwärts für die GIM – warum ich der T5 nicht beitreten kann“, in *Rundbrief (RB)* 13, Juni 1980) Heute steht die T5 vor einem Scherbenhaufen. Sie scheiterte genauso, wie die „praktische Politik“ der Mehrheit immer wieder

scheitern muß. Weil man als Kommunist nämlich neben einer korrekten Analyse der objektiven Sachlage und des objektiven Entwicklungsgangs ein revolutionäres *Programm* und revolutionäre Energie braucht. Und den Willen, das Proletariat tatsächlich zum Sieg zu führen. Und vor allem „eine Partei, noch einmal eine Partei und zum dritten: eine Partei!“ (Trotzki) Allerdings nicht einen Haufen wie die GIM.

Im Gegensatz zum prinzipienlosen T5-„Zwischensumpf“ haben wir versucht, unsere Kritik an der GIM/IV. Internationale anhand der diversen letzten Kapitulationen dieser Organisation zu systematisieren: in Nicaragua, Iran, Afghanistan, Polen – wo man sich mit „Alle Macht der Madonna“-Heinz Brandt (vgl. „Kritik“ Nr. 27) zusammengenat hat und die „Land-Solidarität“ bejubelt, eine Organisation der ländlichen Kleinunternehmer, die eine starke potentiell konterrevolutionäre Kraft darstellt. Wir haben die Ursachen gesucht für die wachsende Sozialdemokratisierung der GIM, die folgerichtig zur Liquidation in die SPD/Jusos/Falken wird führen müssen. (Nebenbei bemerkt, ist es selbstverständlich notwendig, den linken Sozialdemokraten, die auf der Suche nach einer sozialistischen Alternative sind, eine revolutionäre Perspektive zu weisen. Aber die GIM ist programmatisch derart verkommen, daß sie dem kritischen Sozialdemokraten nicht etwa den Weg zum Leninismus zeigt – nein, sie sagt ihm, daß Kommunismus im Grunde linker Sozialdemokratismus ist. Und da bleibt der lieber gleich in der SPD.)

Vor allem stellten wir fest, daß die GIM in allen wesentlichen programmatischen Fragen keine korrekte, revolutionäre Politik betreibt und betrieb und daß unsere Erfahrungen mit der Gruppe Internationale Marxisten nichts Neues waren. Wer sich mit der Ge-

schichte des VS (bzw. seinen Vorläufern) und der GIM beschäftigt, wozu wir die Genossinnen und Genossen dringlichst auffordern, der muß feststellen, daß es nicht um einzelne korrigierbare *Fehler* geht, sondern seit Pablo um eine *Methode* von Liquidatorentum und Nachtrapolitik. Pablo, Mandel und Frank bahnten den Weg des Liquidationsentrismus in die stalinistischen und sozialdemokratischen Parteien spätestens ab 1953. Ben Bellas Regime in Algerien wurde von der internationalen Führung als „Arbeiter- und Bauernregierung“ gefeiert, Nasser-Ägypten war „zentristisch“ und Typen wie Tito, Mao oder Castro wurden zu „unbewußten Trotzkisten“ hochstilisiert, Guerillismus war der Weg zur Macht – natürlich vorzugsweise da, wo er „erfolgreich“ ist, etwa in Kuba, nicht aber z. B. im „Deutschen Herbst“, wo die GIM flugs vor der Anti-Stadtguerilla-Hetze der wutschnaubenden BRD-Bourgeoisie zu Kreuze kroch und in widerlicher Weise auf dem Titelblatt von „was tun“ Nr. 175, 15.9.1977, geiferte, „der individuelle Terror nützt nur der Rechten“. Der Schlachtruf Ho-, Ho-, Ho-Chi-Minh schließlich symbolisierte vor Jahren die Kapitulation der europäischen Mehrheit hier vor dem Stalinismus und allgemeiner vor der Aufgabe, revolutionäre Parteien aufzubauen. Derweil führte die um ihr respektabel-friedfertiges Image besorgte SWP (Socialist Workers Party, amerikanische Schwesterorganisation der GIM) gemeinsam mit der liberalen US-Bourgeoisie ihre sozialchauvinistische Kampagne durch für die Rückkehr von „our boys“ aus Vietnam. Zur Zeit hat sie nicht mal die Courage, für den militärischen Sieg der linken Aufständischen in El Salvador einzutreten!

Für uns wurde immer deutlicher, daß nur die internationale Spartacist Tendenz (iST)

Fortgesetzt auf Seite 11

Revolutionäre Umgruppierung

Loyalitätsbeweis für Tony Benn: Kommunistische Fraktion ausgeschlossen Säuberung in der IMG

Am 16. Mai wurden sechzehn Mitglieder der International Marxist Group (IMG), britische Sektion des „Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale“, gemeinsam aus ihrer Organisation ausgeschlossen. Mit dieser großangelegten politischen Säuberung – der ersten in der Geschichte der IMG – antwortete die Führung auf die Erklärung der Communist Faction (CF) vom 12. Mai. Die offiziellen Anklagen lauteten, die CF-Mitglieder seien „Mitglieder einer illoyalen Fraktion, da sie die Erklärung der Communist Faction vom 12. 5. 81 verteidigen“, und neun CF-Mitglieder seien „Mitglieder einer anderen Partei, der iST“ (internationale Spartacist Tendenz). Die letzte Meldung lautet, daß andere IMG-Mitglieder, die es wagten, gegen die Hexenjagd zu protestieren, mit disziplinarischen Maßnahmen bedroht sind.

Die Communist Faction ist das Ergebnis eines Kampfes, der auf der Nationalen Konferenz der IMG im Februar 1980 begann, als ein langjähriger IMG-Kader, ehemaliges Mitglied des ZK und später der Kontrollkommission, sich dagegen wandte, daß die IMG-Führung Kurs auf Tony Cliff's Gruppe nahm, die behauptet, die Sowjetunion sei „staatskapitalistisch“ und müsse nicht gegen den Imperialismus verteidigt werden. Die Communist Tendency wurde von linken IMGlern gegründet, die Schlüsselemente des sich nach rechts bewegenden Zentrismus der IMG bekämpften: ihre Kapitulation vor der antisowjetischen imperialistischen Hysterie über Afghanistan; Anhängen an Chomeinis klerikal-reaktionäres, persisch-chauvinistisches Regime in Iran; Liquidation in eine klassenlose Kampagne von Antiatomwaffen-Pazifismus; das schändliche Vergraben der Forderung „Britische Truppen raus aus Irland“, um die „Linken“ in der Labour Party nicht zu verärgern.

Am 9. Mai erklärte sich die Tendenz zur Fraktion und kündigte an, daß sie innerhalb der IMG für eine neue Führung kämpfen werde. Eine Woche später fand die Säuberung statt.

Wir drucken hier auszugsweise ein Flugblatt ab, das bei einer öffentlichen IMG-Veranstaltung in London am 22. Mai von der Communist Faction verteilt wurde.

Am 16. Mai schloß das Politische Komitee (PK) der International Marxist Group (IMG) die gesamte Communist Faction (CF) aus der Organisation aus. Der Grund? Die CF weigerte sich, ihre politischen Positionen zu widerrufen.

Die Säuberung wurde durch einen Brief

der Führung vorbereitet, dessen Zweck es war, die Grundlage für einen politischen Prozeß zu legen. Unsere Dokumente greifen die Führung an, weil sie in der Praxis bei wichtigen Fragen des Klassenkampfes den revolutionären Marxismus aufgibt. (Die Führung der IMG) forderte, wir sollten die gleiche Führung als „revolutionär marxistisch“ charakterisieren, um unsere „Loyalität“ zu beweisen. Eine solche Erklärung hätte nur einen Widerruf bedeuten können. Ernsthaftige Kommunisten bilden Fraktionen, wenn sie davon überzeugt sind, daß das revolutionäre Programm auf dem Spiel steht – die Forderung, daß Fraktionen die Führung als revolutionär charakterisieren sollen, bevor noch irgendein Kampf stattgefunden hat, bedeutet nur eins: von jetzt an existiert in der IMG nicht mehr das Recht, Fraktionen zu bilden.

In *Intercontinental Press* (4. Mai) gibt es einen Artikel von niemand anderem als Ernest Mandel – dem historischen Führer des Vereinigten Sekretariats (VS). Mandel stellt *korrekterweise* fest:

„Noch allgemeiner gesagt sollten wir niemandem (einschließlich Bolschewiki und Trotzisten) einen Blankoscheck über revolutionäre Tugenden ausstellen, solange nicht tatsächlich unter dieser Führung eine siegreiche soziale Revolution stattgefunden hat.“

Wenn Mandel auf dem PK-Treffen der IMG anwesend gewesen wäre und den Mut gehabt hätte, diese Meinung zu verteidigen, wäre auch er ausgeschlossen worden.

Auf dem PK-Treffen wurden die Repräsentanten der CF neben den anderen „Anklagen“ mit der Beschuldigung konfrontiert, sie seien „Mitglieder der internationalen Spartacist Tendenz“. *Socialist Challenge* (21. Mai) versucht einen 16monatigen politischen Kampf innerhalb der IMG zu diskreditieren als eine „geheime Verschwörung der internationalen Spartacist Tendenz, um die IMG als ‚konterrevolutionäre Organisation‘ zu zerschlagen“. Die Führung hat die politischen Differenzen, um die es geht, ebenso bereitwillig unter den Teppich gekehrt wie sie vorher die Diskussion unterdrückte, die diese Differenzen auskämpfen sollte. In blinder Wut über den Verlust erfahrener Kader antwortete die IMG mit einem Ausbruch des reinsten Healyismus und verleumdete die iST als „eine Waffe, die nur dazu dienen soll, linke Organisationen zu zerschlagen. Sie hat nichts mit Sozialismus oder Trotzismus zu tun“. Das ist eine widerwärtige Lüge, die dazu dienen soll, zwischen IMG-

Mitgliedern und den Genossen der iST eine Linie zu ziehen und die Bedingungen für bürokratische Ausschlüsse und sogar physische Angriffe zu schaffen.

Die IMG ist nirgendwo als „konterrevolutionär“ charakterisiert worden, weder in unseren Dokumenten oder „Verträgen“ über politische Zusammenarbeit, noch, soweit wir wissen, in irgendwelchen Materialien der iST. Die Politik der IMG macht sie zu einem Hindernis für die proletarische Revolution. Man kann nicht voraussagen, welche Seite der Barrikade die verschiedenen Teile der Organisation im Ernstfall einnehmen werden, aber das Hinterherlaufen hinter dem Bennschen Reformismus (Tony Benn ist Führer der „Linken“ in der britischen Labour Party) und sowjet-defätistischem Pazifismus ist für sie kein gutes Vorzeichen.

Die Sache mit der politischen Zusammenarbeit ist einfach ein Ablenkungsmanöver. In der IMG ist heute alles erlaubt – außer Bolschewismus. Die Führung selbst hat eifrig mit anderen Organisationen kollaboriert – um die trotzkistische Politik, für die die Communist Faction kämpfte, zu unterdrücken. Tariq Ali (langjähriger „Star“ der IMG) diskutierte brieflich mit Alan Thornett (Sprecher für die Workers Socialist League) darüber, wie man am besten mit den „Spats“ fertig wird (obwohl Thornett da nie so besonders erfolgreich war).

Bei der Nationalen Konferenz 1980 hatten die Genossen, die später die Communist Faction bildeten, versucht, die trotzkistische Position der Verteidigung der Sowjetunion in der Organisation in den Vordergrund zu rücken. In der Situation nach dem imperialistischen Aufschrei über Afghanistan sahen wir es als die wichtigste Verantwortung für Kommunisten an, sich gegen den Druck des Kalten Krieges zu stemmen und in Afghanistan die Seite der Roten Armee zu beziehen. Aber die IMG-Führung, die gerade bis über beide Ohren in dem Versuch steckte, eine Umgruppierung mit der antisowjetischen Socialist Workers Party von Tony Cliff durchzuführen, weigerte sich, diese Diskussion auf der Konferenz zu führen. Die Communist Tendency legte dann ein Dokument vor, das sich gegen die bankrotte Linie wandte, die pazifistische Kampagne für nukleare Abrüstung (CND – Campaign for Nuclear Disarmament) zu unterstützen und darlegte, daß die IMG dem, was Trotzki „Geschwätz über Abrüstung“ nannte, die Verteidigung der Sowjetunion und den revolutionären Kampf des Proletariats zur Entwaffnung der Bourgeoisie entgegenstellen mußte. Dieses Doku-

ment der Communist Tendency wurde von der Führung fünf Monate lang zurückgehalten.

Die Mitglieder der IMG bekommen heute zu hören, ihre Zukunft läge bei den „Unterstützern von *Socialist Challenge*“ in der Labour Party. Ernest Mandel höchstpersönlich ist angereist, um mit Hilfe seiner schauspielerischen und demagogischen Fähigkeiten den IMG-Mitgliedern diese neue Linie zu verkaufen.

Dieser Versuch, jetzt die größte Gelegenheit zu ergreifen – nach der Orientierung auf die Cliff-Gruppe, nach der Entscheidung, CND aufzubauen – wird ohne jede formale Diskussion in der Mitgliedschaft durchgesetzt. In den Seiten von *Intercontinental Press* wird die Linie schon veröffentlicht. Diese Linie bedeutet *Liquidation*. Das Ziel der Führung ist es, den „linken“ Reformismus Tony Benns zu unterstützen, und alles Gerede darüber, das IMG-Programm den „Linken“ der Labour Party entgegenzustellen, ist ein gigantischer Schwindel. Der Ausschluß der Communist Faction (und jeder anderen ernsthaften Opposition gegen die Liquidation in die Labour Party) ist der Tribut, der zugunsten der Vollmitgliedschaft im Tony-Benn-Unterstützerclub angeboten wird...

Der Grund des PK der IMG, 16 Genossen auszuschließen, ist in einem unsignierten Dokument enthalten, das wir am Tag vor der Säuberung erhielten: „... den Genossen muß vollständig klar sein, daß im Endeffekt nicht zwei Programme im Rahmen der gleichen Organisation existieren können“. Um das genauer auszudrücken: in der IMG gibt es heute keinen Platz, um für ein revolutionäres Programm zu kämpfen. Im Falle von zwei entgegengesetzten Programmen muß natürlich eins dem anderen Platz machen – aber Leninisten, die Fraktionskämpfe als Widerspiegelung von Klassenkämpfen sehen, wollen ihr Ziel durch politischen Kampf erreichen, um die politischen Auffassungen ihrer Gegner zu besiegen. Aber das ist das letzte, was die IMG-Führung will.

Sie hat sich keine Sorgen um die Unvereinbarkeit zweier Programme gemacht, als Tariq Ali die Seiten von *Socialist Challenge* und öffentliche Plattformen wie *New Statesman* dazu benutzen durfte, zu erklären, daß er seinen konterrevolutionären Aufruf zum Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan „weiterhin nicht bereue“. Auch während des Versuchs, eine „Umgruppierung“ mit der Cliff-Gruppe zu veranstalten, gab es keine Gewissensbisse über zwei Programme. Und natürlich unterstützte *Socialist Challenge* (9. April) das Programm Tony Benns (der jetzt dazu aufruft, UN-Truppen nach Irland zu schicken).

Es gab eine Zeit, wo die IMG viel mit ihrem „demokratischen“ Charakter prahlte. Damals wurde sogar behauptet, das wucherungsartige Ausbreiten von „Tendenzen“ – die in Wirklichkeit einander bekriegende Cliquen waren – sei Beweis eines gesunden internen Lebens. Aber heute kann man nur eine Fraktion bilden, wenn man von vornherein erklärt, den revolutionären Charakter der Führung nicht in Frage stellen zu wollen,

Eine konsequente trotzkistische Alternative

„In diesem ideologischen Kampf mit der Vierten Internationale haben die Spartacists bemerkenswerte Vorteile gegenüber vielen der anderen pseudotrotzkistischen Formationen. Ihre Kader sind meistens recht wortgewandt und gut geschult in sektiererischem ‚Marxismus‘, sie haben konsequent prinzipielle Positionen zu solchen Fragen wie Feminismus und Nationalismus eingenommen; sie haben eine im allgemeinen empfehlenswerte Geschichte der Unterstützung anderer linker Tendenzen, die vom bürgerlichen Staat angegriffen werden und unterlassen es, Gewalt gegen andere linke Gruppierungen anzuwenden (was allein schon eine nicht geringe Errungenschaft ist angesichts der Geschichte der meisten linken Organisationen in den USA). In einer Periode, in der andere vorgeblich trotzkistische Tendenzen durch bizarre Abweichungen und hysterische Exzesse charakterisiert sind ... hat die Spartacist League einen nüchternen, entschiedenen und realistischen Ton angeschlagen, der erfrischend ist.“
„Spartacist League: Anatomy of a Sect“, Revolutionary Marxist Group (1974 eine der beiden kanadischen Sektionen des Vereinigten Sekretariats), Juni 1974

Spartacist-Intervention auf Grundlage des trotzkistischen Programms: in der Antikriegsbewegung, im Kampf für gemeinsame gewerkschaftliche/schwarze Verteidigung gegen faschistische Bedrohungen in Detroit, für den militärischen Sieg der salvadorianischen Linken



das heißt auf die Fraktionsbildung zu verzichten!

Diejenigen Genossen, die sich an eine Zeit erinnern, als es ganz selbstverständlich für IMG-Führer war, andere Unterstützer des (VS), zum Beispiel die amerikanische Socialist Workers Party, als reformistisch zu bezeichnen, werden sich wundern, was hier vor sich geht. Die IMG-Führung wird nie wieder eine ernsthafte linke Opposition tolerieren. Am Tag nach den Ausschlüssen aus der IMG wurden junge Genossen der Communist Faction aus „Revolution Youth“ ausgeschlossen. Jeder Anspruch auf „Demokratie“ ist fallengelassen worden.

Genossen! Protestiert gegen die Hexenjagd! Die Parole, die die Führung benutzt, um Tony Benn zuzujubeln, müssen die Mitglieder der IMG gegen sie wenden: *Die Linke muß gehört werden!*

Harney, Khalid, Vanzler
für die Communist Faction
22. Mai 1981

Gegen Mitterrands NATO-Volksfront

CGT-Aktivist verläßt LCR

Kürzlich ist ein Arbeiter, der seit zehn Jahren in der Autofabrik Renault-Cléon bei Rouen beschäftigt, dort Mitglied in der CGT ist und zwei Jahre lang Mitglied der LCR war, in Solidarität mit unserem Programm aus dieser Organisation ausgetreten. Genosse Demos stand seit letzten Oktober in Opposition zu der klassenkollaborationistischen Politik der LCR. In einem Dokument, das im internen Bulletin der Ortsgruppe in Rouen abgedruckt wurde, kritisierte er die politische Unterstützung der LCR für „Unions dans les luttes“, ei-

ne Sammlung von Eurokommunisten, dissidenten KP-Mitgliedern und Sozialdemokraten, die eine Kampagne für ein Wahlabkommen zwischen KP und Sozialistischer Partei führten:

„Die Nostalgiker der Linksunion – Eurokommunisten, Mitglieder der Sozialistischen Partei, unorganisierte Militante – haben aufgerufen, eine Petition zu unterzeichnen. Aber es genügt nicht, in diese Petition zusätzliche Passagen über Kämpfe und den Generalstreik aufzunehmen, um ihr einen Inhalt zu verleihen, der sich gegen die Volksfront richtet. Das Ganze ist dann nur, um mit Trotzki zu sprechen, ein Appell für eine ‚kämpfende Volksfront‘. Es ist wahr, daß eine solche Kampagne heute im Widerspruch zu der Spalterpolitik der bürokratischen Apparate steht. Aber auf welcher Grundlage? Die Absicht der Mehrheit der Initiatoren und Unterzeichner ist nur die Wiederherstellung der Linksunion (Entwaffnung der Arbeiterklasse). Die Frage ist für uns nicht, eine Einheit auf der Basis von ‚Einheit‘ im allgemeinen vorzuschlagen. Mit einer solchen Intervention wenden wir uns an die rückständigsten Teile der Arbeiterklasse.“

Diskussionen in der Renault-Zelle und mit der Führung der Ortsgruppe überzeugten Demos nicht von der Korrektheit der Linie der LCR. In einem vor kurzem erschienenen Dokument: „Nein, Mitterrands Sieg ist nicht ein ‚erster Sieg‘ für die Arbeiterklasse“ stellte Genosse Demos die gegenwärtige Kapitulation von Krivine & Co. vor der Volksfront klar heraus:

„Mitterrands Sieg hat die wirkliche Politik der LCR bloßgestellt. Um ihre Unterstützung Mitterrands zu rechtfertigen, hat sie erklärt, der Hinauswurf von Giscard sei der Weg, Arbeiterkämpfe zu ermutigen. Aber jetzt findet man nirgendwo in *Rouge* Streikaufrufe, um unsere Forderungen zu erkämpfen, und noch weniger findet man die Erwähnung des Generalstreiks.“

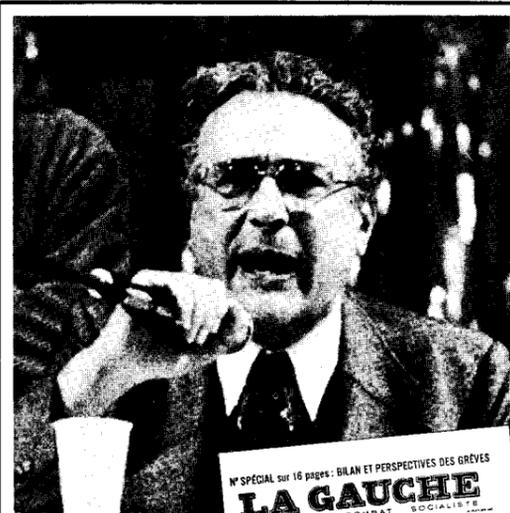
Krivine sagt, die wichtigste Aufgabe sei... zu wählen: „Heute ist unsere Aufgabe, die vereinte Mobilisierung zu verstärken und zu konsolidieren. Wir müssen eine parlamentarische Mehrheit für die Parteien der Arbeiterbewegung erzwingen.“

Die LCR-Führung hat wieder und wieder bewiesen, daß ihre „Dynamik“ die des Parlamentarismus ist; am 4. Mai erklärte Krivine bei einer zentralen Versammlung: „Wir wer-

den keinen Generalstreik ausrufen, um Mitterrand zu stürzen, weil die Alternative der Rechten Chirac wäre.“ Stattdessen rief *Rouge* zu einer Art Volksentscheid über die 35-Stunden-Woche(!) auf, und ein Sprecher der LCR erklärte, ihre Forderung sei nicht „alles oder nichts“ (*Liberation*, 19. Mai). Die Erklärung für diese Rechtswendung ist ziemlich klar. Wie Trotzki sagte: „Die Ausrufung des Generalstreiks ist unvereinbar mit der Strategie der Volksfront, die darin besteht, das Proletariat zu unterwerfen.“ Genosse Demos stellte die Mitglieder der LCR vor die Wahl:

„Die Arbeiterklasse zu betrügen, zu befrieden, zu demoralisieren und zu besiegen, das ist das Ziel der Volksfront. Wenn man sie dabei ‚glaubwürdiger‘ oder ‚wirksamer‘ macht, bedeutet das, den Reformisten bei Betrug, Demoralisierung und Niederschlagung der Arbeiterklasse zu helfen. Wenn die Arbeiter in Cléon morgen beginnen zu kämpfen und sich gegen Mitterrand zu stellen, werden sie uns anklagen, die Wahrheit verschleierte, Illusionen in Mitterrand verstärkt zu haben und verantwortlich zu sein, daß eine bürgerliche Regierung an die Macht kam... ‚Spielt nicht der Reaktion in die Hände‘ – das ist eine neue Formulierung in unserer Zeitung. Genosse Krivine sollte dieses Argument den Bürokraten überlassen, die danach trachten, einen Streik zu verhindern oder zu brechen.“

Genosse Demos mußte auch den Vorschlag von Jérôme, einem Führer der Matti-Fraktion in Rouen, bekämpfen, in die Sozialistische Partei einzutreten; das ist nur die konsequente Schlußfolgerung der opportunistischen Politik der Unterstützung für die Volksfront. Mit den gegenwärtigen Positionen der LCR wäre solch ein Entrismus nur eine Liquidation im Dienste der Sozialdemokratie. Aber diese Art von „Entrismus“ könnte bald das offizielle Ziel des Vereinigten Sekretariats sein. Wie sich an dem Ausschluß der Kommunistischen Fraktion aus der IMG zeigt, versteht die IMG-Führung, genauso wie auch die Führung der GIM, daß die zukünftige Wahl für Mitglieder ihrer Organisation sein wird: entweder Sozialdemokratie oder die „Sparts“. Wir hoffen, daß auch andere Mitglieder von Sektionen des VS das begreifen lernen und daß sie den Trotzkiismus und die internationale Spartacist Tendenz wählen. ■



Spartacist Photo

30 Jahre Liquidorentum

„Um uns in die reale Bewegung der Massen zu integrieren, um zum Beispiel in den Massengewerkschaften zu arbeiten und zu bleiben, sind ‚Schliche‘ und ‚Kapitulationen‘ nicht nur akzeptabel, sondern auch notwendig.“ (Michel Pablo, „Der kommende Krieg“, 1951)

„Die Tätigkeit unserer Mitglieder in der SP wird durch folgende Richtlinien geregelt sein: A. Nicht als Trotzkiisten unser vollständiges Programm vorlegen. B. Prinzipienfragen und programmatische Fragen nicht in den Vordergrund schieben...“ (Österreichische Kommission, Dritter Weltkongreß, August/September 1951)

Perspektiven der 80er



Pablos „Entrismus sui generis“ (Entrismus einer besonderen Art) bedeutet Liquidierung des trotzkistischen Programms, dramatisch illustriert durch Mandels Unterstützung (als Berater) von Renard, dem „linken“ Verräter des belgischen Generalstreiks 1960/61, und durch Mandels Programm für „Struktur-reformen“ zu der Zeit. Heute verordnet Mandel seinen Sektionen, darunter GIM und IMG, die Auflösung in die Sozialdemokratie.



Documents of the Communist Faction of the IMG

Part II

PURGE IN IMG

Order from/pay to:
Communist Faction
BM CF,
GB-London WC 1N 3XX

Dokumente der trotzkistischen Opposition in der GIM

Zu beziehen über:
Postfach 1 67 47
6000 Frankfurt/Main 1
Postcheckkonto Ffm 119 88-601
(Verlag Avantgarde GmbH)

Vor 40 Jahren

Deutsche Imperialisten überfallen Sowjetunion

Verteidigt die UdSSR!

Am 22. Juni 1941 überfielen Hitlers Armeen die Sowjetunion. Innerhalb weniger Monate drangen die deutschen Truppen, Panzer und Bomber bis zu den Außenbezirken von Moskau vor. Der sowjetische degenerierte Arbeiterstaat schien am Rande der Vernichtung zu stehen. Ein solches Ereignis wäre ein unermeßlicher Rückschlag für die internationale Arbeiterbewegung gewesen.

In diesem Moment der Gefahr kämpfte die trotzkistische Bewegung – getreu ihrem Programm – für die Verteidigung der Sowjetunion durch den Klassenkampf. Einen Tag nach dem Angriff der Nazis gab das Politische Komitee der Socialist Workers Party (SWP), amerikanische Sektion der Vierten Internationale, das unten abgedruckte Manifest (aus *Fourth International*, Juli 1941) heraus. Für die SWP waren das keine leeren Phrasen: so verloren zum Beispiel viele Parteimitglieder als freiwillige Seeleute in der Handelsmarine ihr Leben, als sie dringend benötigte Versorgungsgüter nach Murmansk transportierten, wobei sie auch Trotzki's „Brief an die Arbeiter der UdSSR“ hineinschmuggelten.

Diese Tradition ist heute allein in der internationalen Spartacist Tendenz (iST) lebendig. Die iST entstand aus der Revolutionary Tendency, die 1963 aus der SWP ausgeschlossen wurde, nachdem sie gegen die Preisgabe revolutionärer Politik durch diese Organisation gekämpft hatte. Heute verspottet die SWP, die einst die revolutionäre Partei in den USA war, offen das trotzkistische Programm der Verteidigung der Sowjetunion (siehe „SWP Slanders James P. Cannon“, *Workers Vanguard* Nr. 278, 10. April). Die SWP versucht, ihren Antisowjetismus (zum Beispiel ihre Verurteilung der sowjetischen Intervention in Afghanistan, ihre Parteinahme für klerikal geführte Kräfte in Polen) zu rechtfertigen, indem sie ihre revolutionäre Vergangenheit fälscht, die durch ihre Position der Verteidigung der Sowjetunion gekennzeichnet war. Daher versuchen die sozialdemokratischen Reformisten der heutigen SWP – wie ihre rechtszentristische Schwesterorganisation in Westdeutschland, die Gruppe Internationale Marxisten – Dokumente wie das folgende Manifest zu begraben und zu vergessen. Wir dagegen sind stolz darauf – es gehört uns!

Manifest der Socialist Workers Party Juni 1941

Die Sowjetunion ist in tödlicher Gefahr! Unter den widrigsten Bedingungen verteidigen die sowjetischen Massen heldenhaft den Arbeiterstaat gegen die imperialistische Invasion. Der Zweite Weltkrieg, der nur durch die siegreiche sozialistische Revolution und die Zerstörung des Weltkapitalismus hätte verhindert werden können, bedroht direkt die Existenz des isolierten Arbeiterstaats. Alle Warnungen von Lenin und Trotzki haben sich bewährt.

Der deutsche Imperialismus will die Oktoberrevolution stürzen und das kapitalistische System in seiner degenerierten faschistischen Form wiederherstellen. Das ist die wesentliche Bedeutung von Hitlers Angriff auf die Sowjetunion. Jeder Arbeiter, der die Bedeu-

tung dieses Angriffs erkennt, wird ohne Zögern die Parole unserer Partei unterstützen: *Verteidigt die Sowjetunion um jeden Preis und unter allen Umständen gegen den imperialistischen Angriff!*

Im Oktober 1917 errichtete die russische Arbeiterklasse eine Sowjetregierung, die den Großgrundbesitzern das Land nahm und es den Bauern gab und die den Kapitalisten die Banken, Industrien und Eisenbahnen nahm, um sie – als nationalisiertes Eigentum – unter die Verwaltung und Kontrolle der Arbeiter zu stellen. Damit schafften die Sowjets das System des Privateigentums ab, das es einer Handvoll Kapitalisten erlaubt, über den Reichtum eines Landes zu verfügen und die überwältigende Mehrheit des Volkes auszubeuten. Diese Errungenschaft der Oktoberrevolution ist der größte Fortschritt, der jemals von einem Volk gemacht wurde. Sie bewies unwiderleglich, daß die Arbeiterklasse imstande ist, ihr Geschick in die eigenen Hände zu nehmen. Die beispiellose Entwicklung dieses nationalisierten Eigentums bewies für alle Zeit die Überlegenheit sozialistischer Methoden der Produktion über die kapitalistische Anarchie.

Die Produktivkräfte wurden nationalisiert von den Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten unter der Leitung von Lenin und Trotzki. Diese Sowjets existieren nicht mehr. Sie wurden von der Kremel-Bürokratie zerstört, die alle politische Macht an sich gerissen hat. Aber nach wie vor sind die Produktivkräfte nicht in der Hand von privaten Eigentümern. Das bedeutet, daß die wesentliche Errungenschaft der Revolution überlebt, trotz des Schadens, der ihr von Stalin und seiner Clique im Kremel zugefügt wurde.

Wir rufen die Arbeiter der Welt auf, dieses nationalisierte Eigentum gegen jeden Feind zu verteidigen. Die deutschen Kapitalisten, repräsentiert von Hitler, wollen dieses nationalisierte Eigentum an sich reißen und in kapitalistisches Eigentum verwandeln. Darum ist heute der Hauptfeind der sowjetischen Arbeiter der deutsche Imperialismus. Gegen diesen Feind muß jeder Arbeiter mobilisiert werden, der sich des gewaltigen Fortschritts bewußt ist, den die Oktoberrevolution in der Geschichte der Menschheit bedeutete. Jeder Vorstoß der Roten Armee gegen den deutschen Imperialismus ist ein Vorstoß zur sozialistischen Zukunft der Menschheit. Es ist die Pflicht jedes Arbeiters, der Roten Armee zum Sieg zu verhelfen.

Was wir nicht verteidigen

Die Sowjetunion und Stalins Regime sind keineswegs identisch. Die Oktoberrevolution wurde nicht für die Bürokraten gemacht, die die Schalthebel der Macht usurpiert haben. Wenn wir die Sowjetunion verteidigen, verteidigen wir nicht diese Usurpatoren. Stalin und seine Clique haben die Sowjetunion an einen Punkt gesteuert, wo Hitler sie in kurzer Zeit erobern zu können glaubt. Die stalinistische Bürokratie hat innerhalb der Sowjetunion jede Form der unter Lenin und Trotzki errichteten Arbeiterdemokratie zerstört. Der Kain im Kremel hat die besten, ergebensten und fähigsten bolschewistischen Führer der sowjetischen Arbeiter ermordet und hält in diesem Augenblick hunderttausende revolutionäre Arbeiter in seinen Kerkern gefangen, an denen er jetzt die niederträchtigste Gemeinheit von allen begeht – er hindert sie daran, die Sowjetunion mit der Waffe in der

Hand zu verteidigen. Außerhalb der Sowjetunion hat Stalin die chinesische Revolution erwürgt und die ganze europäische Arbeiterbewegung in katastrophale Niederlagen geführt. So wurde die Sowjetunion ihrer einzigen verlässlichen Verbündeten beraubt.

Durch seinen Pakt mit Hitler, seine Zusammenarbeit mit den Nazis bei der Aufteilung Polens, seinen Angriff auf Finnland 1939 und dadurch, daß er Hitler in Europa freie Hand ließ, hat Stalin die Sympathie vieler Millionen Arbeiter für die Sowjetunion gebrochen.

Nicht für einen Moment stellen wir unseren Kampf gegen den Diktator im Kremel und die Bürokratie, die er repräsentiert, zurück. Denn es wird mit jedem Tag klarer, daß die sowjetischen Arbeiter sich dieser Bürokratie entledigen und die Arbeiterdemokratie wiedererrichten müssen, um den Sieg gegen die Nazi-Armeen sicherzustellen. Gerade der Kampf zur Rettung der Sowjetunion verlangt den Sturz Stalins durch die Arbeiter. Wir sind zuversichtlich, daß die russischen Arbeiter, die in einem Zeitraum von 12 Jahren drei Revolutionen durchführten – 1905, Februar 1917 und Oktober 1917 –, sich wieder auf die Höhe ihrer großen revolutionären Tradition



Bild oben: Hitler und sein Generalstab am Vorabend des „Unternehmens Barbarossa“

den Imperialismus. Trotz Gefängnishaft und Unterdrückung werden unsere Genossen in der Sowjetunion, die verfolgten Trotzki'sten, den sowjetischen Massen beweisen, daß die Trotzki'sten die besten Kämpfer gegen den kapitalistischen Feind sind.

Verteidigung der UdSSR gegen ihre kapitalistischen Verbündeten

Churchill hat angekündigt, daß er irgendeine Form von militärischem Bündnis mit dem Kremel eingehen wird. Sobald die Vereinigten Staaten das Stadium des „Heißen Krieges“ erreichen, wird Roosevelt ebenfalls ein formales Bündnis abschließen.

Die Sowjetunion ist mittlerweile durch traurige Notwendigkeit gezwungen, diese Allianzen zu suchen. Die Ursache dafür liegt in der Isolation und Schwäche der Sowjetunion. Doch welche Haltung soll die Arbeiterklasse gegenüber den kapitalistischen Verbündeten der Sowjetunion einnehmen? Heute weicht die Kommunistische Internationale der Antwort auf diese grundlegende Frage aus; morgen wird sie die gleiche Antwort geben wie in der Periode des französisch-sowjetischen Pakts – sie wird die Arbei-

Bild rechts: Sowjetische Arbeiter und Bauern in Uniform schlugen die Nazis entscheidend in Stalingrad

erheben werden.

Stalin muß gestürzt werden – aber nur von der Arbeiterklasse. Der Sturz Stalins durch Hitler hieße die Wiederherstellung des Kapitalismus. Um der Sowjetunion und der sozialistischen Weltrevolution willen muß der Kampf der Arbeiter gegen die stalinistische Bürokratie dem Kampf gegen den Hauptfeind – die Armeen Hitlerdeutschlands – untergeordnet werden. Alles, was wir sagen oder tun, muß den Sieg der Roten Armee zum obersten Ziel haben.

Man kann die Sowjetunion am besten auffassen als eine große Gewerkschaft, die in die Hände korrupter und heruntergekommener Führer gefallen ist. Unser Kampf gegen den Stalinismus ist ein Kampf innerhalb der Arbeiterbewegung. Gegen die Kapitalisten bewahren wir die einheitliche Klassenfront, wir stehen Schulter an Schulter mit allen Arbeitern. Die Sowjetunion ist ein Arbeiterstaat, auch wenn er aufgrund der stalinistischen Herrschaft degeneriert ist. So wie wir Streiks gegen die Kapitalisten unterstützen, auch wenn die Gewerkschaft, die den Streik führt, unter der Kontrolle von Stalinisten ist, so unterstützen wir die Sowjetunion gegen

ter aufrufen, den imperialistischen Krieg der „Demokratien“ zu unterstützen.

Wir warnen die Arbeiter: der „demokratische“ Verbündete steht dem nationalisierten Eigentum der Sowjetunion ebenso feindlich gegenüber wie der faschistische Feind. Roosevelt und Churchill streben nach zwei Dingen zur gleichen Zeit: nach der Niederlage ihres deutschen imperialistischen Rivalen und auch danach, die Sowjetunion zu hindern, sich durch einen Sieg zu stärken. Selbst um den Preis einer Schwächung ihres Kampfes gegen ihren imperialistischen Rivalen werden Roosevelt und Churchill versuchen, die Weltarbeiterklasse niederzuhalten, einschließlich der Sowjetunion.

Der Hauptwiderspruch in der modernen Gesellschaft ist, wie wir seit 1917 immer wieder gesagt haben, der zwischen der Sowjetunion und der imperialistischen Welt. Das stimmt nach wie vor. Wie zur Zeit des Stalin-Laval-Paktes bringen nun besondere Umstände ein Bündnis zwischen der Sowjetunion und kapitalistischen Ländern zustande. Ein wesentlicher Umstand dabei ist Stalins reaktionäre Politik, die die kapitalistischen Befürchtungen über die revolutio-

näre Rolle der Sowjetunion verringert und die Wirkung des Beispiels der Oktoberrevolution schwächt. Aber der grundlegende Widerspruch zwischen der Sowjetunion und dem anglo-amerikanischen Imperialismus wird nur für eine gewisse Zeit in den Hintergrund gedrängt.

Der fundamentale Widerspruch bleibt jedoch bestehen und wird genau dann in den Vordergrund treten, wenn die „Demokratien“ zu siegen beginnen. Gerade vor einer Woche sagte die *New York Times*, der nüchterne Sprecher des amerikanischen Monopolkapitals, folgendes zur Sowjetunion: „Wenn sich die Demokratien der Diktatur in Deutschland einmal entledigt haben, werden sie wohl kaum die Diktatur anderswo unterstützen können.“ Die *New York Times* hat diese bössartige Drohung nicht zurückgenommen, so wenig wie Churchill seine Feindschaft gegen die Sowjetunion aufgegeben hat. Kerenski, der Repräsentant des „demokratischen“ russischen Kapitalismus, preist die Demokratien, weil sie übereingekommen sind, der Sowjetunion zu „helfen“; „ein Sieg der Demokratien“, verkündet er, „würde zum Zusammenbruch des Sowjetregimes führen“ – das heißt, zur Restauration des Kapitalismus. Der Vatikan kündigt an, er bilde Priester aus zur Arbeit in Rußland für den Fall eines „Wechsels“ – den er als gegeben annimmt, ob nun die faschistischen oder die demokratischen Imperialisten zu den Herren Europas werden. Allein unversöhnliche proletarische Opposition gegen die imperialistischen Verbündeten der Sowjetunion bietet die Gewähr, daß die Arbeiter auf der Hut sind, um die Sowjetunion vor der Vernichtung durch die siegreichen „Demokratien“ zu retten.

Churchill und Roosevelt könnten sogar im Verlauf des Krieges im Namen einer größeren Leistungsfähigkeit bei der Kriegsführung versuchen, in das ökonomische Leben der Sowjetunion einzugreifen. Die ohnehin schon schwere wirtschaftliche Krise in der Sowjetunion – verursacht durch die kapitalistische Einkreisung und die unkontrollierte Mißwirtschaft der Bürokraten – wird sich unter der Belastung des Krieges weiter ver-

SWP-Telegramm an Stalin

Dieses Telegramm amerikanischer Trotzisten wurde am 1. Juli 1941 an Stalin gesandt. Es ist übersetzt aus *Militant*, 5. Juli 1941.

Trotzisten in der ganzen Welt stehen heute wie schon immer zuverlässig zur Verteidigung der Sowjetunion. In dieser Stunde der ersten Gefahr für die Errungenschaften der Oktoberrevolution fordern wir, daß Sie alle trotzkistischen und sonstigen prosowjetischen politischen Gefangenen, die jetzt in Gefängnissen und Konzentrationslagern sitzen, freilassen, um es ihnen zu ermöglichen, ihren Platz in den vordersten Reihen der Verteidiger der Sowjetunion einzunehmen. Dadurch, daß Sie die Arbeiterdemokratie zerschlagen haben, ist die schreckliche Gefahr für die Sowjetunion größer geworden. Wir fordern die Wiederbelebung der Sowjetdemokratie als ersten Schritt zur Stärkung des Kampfes gegen den deutschen Nazi-Imperialismus und die kapitalistische Welt.

**James P. Cannon
Nationalsekretär
Socialist Workers Party**

schlimmern. Die Kreml-Bürokratie wird dazu neigen, sich der engen Zusammenarbeit mit den „ökonomischen Experten“ Roosevelts und Churchills zu fügen. Die Kapitalisten werden für ihre „Dienste“ sofortige Bezahlung in der Form wirtschaftlicher Konzessionen verlangen, die das nationalisierte Eigentum untergraben werden. Wir wiederholen, daß die „Demokratien“ ebenso gierig sind, das nationalisierte Eigentum zu zerstören wie Hitler...

Seid wachsam gegenüber den kapitalistischen Verbündeten der Sowjetunion! Die einzig mögliche Haltung der wirklichen Verteidiger der Sowjetunion lautet: unversöhnliche Opposition gegen alle kapitalistischen Mächte, seien es „Verbündete“ oder Feinde.

Für revolutionären Krieg

Die äußersten Energien der sowjetischen Massen aufbieten, die Massen aller Länder um die Sowjetunion sammeln, im deutschen

Proletariat die Entschlossenheit entfachen, die Nazi-Kriegsmaschinerie um jeden Preis zu untergraben und zu sabotieren – diese Aufgaben der Stunde erfordern eine Politik im bolschewistischen Geiste Lenins und Trotzki, erfordern Volkstribune, die die ganze Welt zur Revolte aufrufen. Nichts ist weiter davon entfernt als die Erklärung des Außenministers Molotow nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten.

Sie könnte von dem konservativsten kapitalistischen Regime der Welt stammen. Es findet sich darin kein einziges Wort eines Appells an die Massen der Welt und kein einziges Wort über Sozialismus oder die Traditionen der Oktoberrevolution. Molotow versucht die sowjetischen Massen anzufeuern, indem er sie erinnert: „Es ist nicht das erste Mal, daß unser Volk auf den Angriff eines überheblichen Feindes antworten muß.“ Das ist wahr. Für immer eingeschreint im Herzen der Arbeiterklasse sind die Erfolge der Roten Armee Trotzki beim Kampf gegen die imperialistischen Armeen der Welt an 22 Fronten. Aber Molotow spricht nicht über diese Erfolge! Seine Tradition ist vielmehr: „Die Antwort unseres Volkes war Krieg für das Vaterland“ – gegen Napoleon! Indem Molotow die Traditionen der Oktoberrevolution übergeht, entlarvt er den Charakter des Kreml-Regimes, seine Furcht vor den Massen und deren revolutionärem Erbe.

In allem, was sie tut, offenbart die stalinistische Bürokratie ihren Mangel an Vertrauen in die breiten Massen und ihre Furcht vor ihnen. Hilfe sucht der Kreml bei den kapitalistischen Herren. Die Massen tauchen in Stalins Politik nur als Unterpfand auf, das er den bürgerlichen Herren als Bezahlung für Zusammenarbeit anbieten kann. Die sowjetische Rundfunkübertragung der Rede Churchills ließ Churchills antikommunistische Äußerungen einfach weg; Stalin ist bereits dabei, den Führer des britischen Imperialismus herauszuputzen.

Die Kreml-Bürokratie ist nur daran interessiert, ihre Privilegien aufrechtzuerhalten, ganz gleich, was das die sowjetischen und die Massen der ganzen Welt kostet. Stalin gab Hitler, was er nur konnte, solange diese Zugeständnisse nicht direkt den Verzicht auf die Macht und die Stellung der Bürokratie einschlossen.

Angesichts seiner grundlegenden Politik wird Stalin diesen Krieg gewiß nicht so führen, wie er geführt werden müßte – als einen Krieg, in dem die Sowjetunion, auch wenn sie Vorteile aus der Hilfe von Hitlers imperialistischen Feinden zieht, die unabhängige Rolle eines Arbeiterstaates spielt, die Massen der Welt um das Banner des Sozialismus scharf und die arbeitenden Massen Deutschlands zum Sturz Hitlers und des Kapitalismus und zu einem Bündnis mit der Sowjetunion aufruft. Stalin repräsentiert das genaue Gegenteil einer solchen revolutionären Politik; er hat diese Politik zerschlagen, wo immer er nur konnte, innerhalb und außerhalb der Sowjetunion. Er hat ihren besten Vertreter, Leo Trotzki, ermordet.

Arbeiter und Bauern der Sowjetunion! Wir wenden uns an Euch im Namen unseres zum Märtyrer gewordenen Führers, des Genossen Trotzki. Seine Stimme würde Euch jetzt zum revolutionären Krieg gegen Hitler drän-

gen. Trotzki war bestimmt, diese Stunde der Gefahr in die Stunde des proletarischen Triumphes zu verwandeln – aber sein edler und heldenhafter Geist wurde von Stalins Eispickel zerschmettert. Da Trotzki das Glück verweigert wurde, an Euren entscheidenden Schlachten und am endgültigen Sieg teilzunehmen, laßt ihn unsichtbar am Kampf teilnehmen. Laßt seine Stimme, die von Stalin zum Schweigen gebracht wurde, die aber weiterlebt in der Bewegung, die seinen Namen trägt, Euch beraten in Euren Kämpfen für eine bessere Welt. Rächt seinen Tod, indem Ihr Hitler vernichtet, den Kain im Kreml stürzt und die Sowjetdemokratie wiederbelebt, die in den heroischen Jahren der Oktoberrevolution den Sieg über die imperialistische Intervention ermöglichte...

Die Hauptaufgaben der amerikanischen Arbeiterklasse

Die Verteidigung der Sowjetunion ist für jeden Arbeiter eine *Klassenpflicht*. Der revolutionäre Arbeiter kann die korrupte und opportunistische Linie der Stalinisten nicht akzeptieren. Er verteidigt das nationalisierte Eigentum und nicht die Kreml-Bürokraten. Er verteidigt die Sowjetunion, weil dort der Kapitalismus gestürzt worden ist. Er kann unter keinen Umständen den imperialistischen Krieg Britanniens und der Vereinigten Staaten unterstützen, so wenig wie er den imperialistischen Krieg Nazi-Deutschlands unterstützen würde. Auch wenn Churchill und Roosevelt mit der Sowjetunion verbündet sind: der revolutionäre Arbeiter versteht, daß dadurch der reaktionäre Charakter ihres Krieges nicht um ein Jota verändert wird.

Die Arbeiter müssen den Faschismus bis zum Tod bekämpfen – aber der imperialistische Krieg Britanniens und der Vereinigten Staaten ist kein Krieg gegen den Faschismus, es ist ein Krieg gegen ihre imperialistischen Rivalen. Der einzige Weg für die Arbeiter im Kampf gegen den Faschismus besteht darin, die Macht zu ergreifen und eine Arbeiter- und Bauern-Regierung in den Vereinigten Staaten zu errichten. Nur eine solche sozialistische Regierung wäre ein wirklicher Verbündeter der Sowjetunion.

Bis dahin ist die Methode zur Verteidigung der Sowjetunion die Fortsetzung des Klassenkampfes gegen die Imperialisten. Verteidigt die Arbeiterrechte gegen den Streikbruch der Regierung! Stärkt die Macht der Arbeiterklasse, bis sie zur herrschenden Macht wird! Das ist der beste Dienst, den die amerikanischen Arbeiter ihren Brüdern in der Sowjetunion erweisen können.

Verteidigt die Sowjetunion! Verteidigt die Errungenschaften der Oktoberrevolution!

Nieder mit der stalinistischen Bürokratie, die die Sowjetunion schwächt!

Revolutionärer Krieg gegen den Faschismus bis zum Tod!

Gegen alle Imperialisten in diesem Krieg! Seid wachsam gegen die kapitalistischen Verbündeten der Sowjetunion!

Für eine Arbeiter- und Bauern-Regierung, den einzig verlässlichen Verbündeten der Sowjetunion! – Lang lebe die sozialistische Weltrevolution!

23. Juni 1941



SPARTACIST

Ein Arbeiter-Polen, ja!
Papst Wojtylas Polen, nein!

SWP 1956 contra SWP 1980
„Reine Demokratie“ oder politische Revolution in Osteuropa... 6
Afghanistan und die russische Frage
Feuerprobe für die Linke... 16

DM 2,-

Zu beziehen über:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/Main 1
Postscheckkonto Ffm 119 88 – 601
(Verlag Avantgarde GmbH)

Aufrüstung...

Fortsetzung von Seite 1

falls hat es der Parteivorsitzende und damalige Kanzler Willy Brandt fertiggebracht – mit seiner Partei natürlich –, einen guten Teil der Bewegung der späten sechziger Jahre in die Partei hineinzuführen, obwohl wir in der Regierung waren. Ich halte das also nicht prinzipiell für unmöglich.“

Hansen, Coppik wie auch Schöfberger vertreten eine andere Variante des klassischen pazifistischen Reformismus: den Glauben, daß die Bourgeoisie dazu gebracht werden könne, sich stückweise und friedlich selbst zu entwaffnen. Aber das bedeutet, sie aufzufordern, „friedlich“ abzutreten – und keine herrschende Klasse hat das je getan. Die objektive Funktion von Hansen ist es, junge Menschen, die gegen den Krieg kämpfen wollen, an die SPD zu binden. Die SPD bindet sie an die bürgerliche Koalition und an die Politik der NATO.

Es ist eine eklatante Tatsache, daß keine führende Gruppe innerhalb der neuen Friedensbewegung gegen die NATO ist. Eppler sowieso nicht; die „linke“ Forderung nach Kürzung des Rüstungshaushalts stellt nicht mal die Bundeswehr in Frage. Selbst die letzte Etappe in Hansens Abrüstungsmodell stellt nicht die Militärmacht des imperialistischen westlichen Bündnisses in Frage, sondern beruht auf der illusionären Hoffnung, Westdeutschland könne unter dem Atomschirm der USA leben, ohne selbst Konsequenzen tragen zu müssen. Selbst der DKP-initiierte „Krefelder Appell“ stellt sich auf den Boden

der NATO. Die Teilnehmer am Krefelder Gespräch vom November 1980 appellieren an die Bundesregierung, „im Bündnis (d. h. der NATO) künftighin eine Haltung einzunehmen, die unser Land nicht länger dem Verdacht aussetzt, Wegbereiter eines neuen, vor allem (?) die Europäer gefährdenden nuklearen Wettrüstens sein zu wollen.“

Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Der Krieg erwächst aus dem Versuch jeder kapitalistischen Nation, ihre wirtschaftliche Position innerhalb des krisengeschüttelten kapitalistischen Systems auf Kosten ihrer Rivalen zu verbessern. Und in diesem Kampf „aller gegen alle“ führen die Zollkriege und Handelskriege zu „heißen“ Kriegen. Deswegen ist der einzig mögliche Kampf gegen Krieg der Kampf gegen den Kapitalismus, gegen den bürgerlichen Staat, für die Revolution des Proletariats. Das erfolgreichste Beispiel, wie man eine Bourgeoisie entwaffnet, haben die Bolschewiki am 7. November 1917 vorexerziert – die russische Oktoberrevolution.

Seit 1917 ist dem Imperialismus ein Drittel des Erdballs entrissen worden – wenngleich die degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten durch eine parasitäre Bürokratie beherrscht werden, die „Détente“ mit dem Imperialismus sucht und nicht die Ausweitung der revolutionären Errungenschaften des Oktobers. Wenn Reagan den „Kommunismus“ zu einer internationalen russischen Verschwörung erklärt, der seine Finger in jeder Niederlage des Imperialismus von Angola bis Nicaragua hat, dann drückt er damit sei-

nen Haß gegen das wichtigste positive Ereignis dieses Jahrhunderts aus – die erste siegreiche proletarische Revolution.

Der Kampf für den Frieden ist der Kampf für die Entwaffnung der Bourgeoisie. In jedem imperialistischen Land steht „Der Hauptfeind im eigenen Land“. Kampf gegen den Krieg bedeutet die revolutionäre Mobilisierung des Proletariats gegen seine eigene nationale Bourgeoisie und Verteidigung der Länder, in denen die Vorbedingungen einer sozialistischen Gesellschaftsform geschaffen worden sind.

Diese revolutionär-internationalistischen Positionen trägt die Trotzlistische Liga Deutschlands in die pazifistischen Demonstrationen in Westdeutschland und Westberlin. Deshalb warf uns auch ein KB-Genosse nach der Friedensdemonstration von 20 000 Leuten in Frankfurt vor, wir hätten eigentlich eine zweite Demonstration veranstaltet, weil wir uns unter dem Banner „Klassenkrieg gegen imperialistischen Krieg“ beteiligten. Richtig, Genosse, wir demonstrierten für das Ende aller Kriege durch weltweite proletarische Revolution, und die Organisa-

toren der Friedensdemonstration verbreiteten Illusionen in die Möglichkeit einer Zählung der imperialistischen Räuberbande, die dieses Land beherrscht. Pazifismus ist letztlich ein Transmissionsriemen in Richtung Vaterlandsverteidigung, denn er verbreitet wie ein nervtötendes Giftgas die Illusion, daß die Bourgeoisie sich selbst – friedlich, stückweise – entwaffnen wird, wenn man sie nur richtig darum bittet.

Für die Perspektive der Verhinderung eines dritten Weltkriegs wäre ein militanter Metallereistreik gegen die Lohnraubpolitik der Unternehmer und der Regierung ungleich wichtiger gewesen als jeder pazifistische Friedensmarsch. Denn die Stärkung des revolutionären, klassenunabhängigen Bewußtseins des Proletariats ist der Weg zum Frieden: durch den Sturz der Bourgeoisie. Die Tausenden von Jugendlichen, die für Frieden kämpfen wollen, müssen zu dieser Perspektive – der Perspektive des Trotzismus – gewonnen werden.

- Verteidigt die Arbeiterklasse!
- Verteidigt die Sowjetunion!
- Der Hauptfeind steht im eigenen Land!



TLD auf Westberliner Friedensdemonstration am 8. Mai

KBW...

Fortsetzung von Seite 2

zu kämpfen. Wo bewaffnete Kämpfe für die nationale Unabhängigkeit geführt wurden und werden, treten Kommunisten für den militärischen Sieg solcher Kämpfe ein. Gleichzeitig entlarven Kommunisten schonungslos jede Illusion, daß unter bürgerlich-nationalistischer Führung der Einfluß des Imperialismus gebrochen werden kann.

Drei-Welten-Theorie führt zu Vaterlandsverteidigung

Noch verhängnisvoller aber als die Mystik von den „Völkern der Dritten Welt“ wütet in den Köpfen der KBWler der Begriff der „Supermächte“ und der damit eng zusammenhängende Begriff der „Zweiten Welt“. Letzterer ist allerdings so schwachsinzig, daß er auch für die Bourgeoisie nicht brauchbar und daher auch noch kein „Allgemeingut“ geworden ist. Doch wenn das schrumpfende Häuflein von Anhängern der chinesischen Drei-Welten-Theorie sowohl die deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas als auch die europäischen kapitalistischen Länder als Bestandteile der „Zweiten Welt“ zusammenfaßt, dann ist das Interesse logisch, den imperialistischen Charakter des europäischen Kapitalismus hinwegzuzaubern.

Doch wagen Schmierer & Co. immer noch nicht, die chinesische Außenpolitik in ihrer ganzen reaktionären Stoßrichtung (Unterstützung der NATO, Bündnis mit den USA) offen zu vertreten. Das wäre auch nicht zweckmäßig, wo es ihnen doch hauptsächlich darauf ankommt, im linken Milieu die Sowjetunion als Hauptfeind zu denunzieren und die Wehrbereitschaft der „Volksmassen“ gegen diesen zu schüren. Die Feigenblatt-

Forderung „Austritt aus der NATO“ hat da ihren nützlichen Stellenwert.

KBW auf dem Weg des 4. August 1914

Für das blockfreie Europa samt demokratischem Friedensvertrag für Deutschland will Schmierer seinen „marxistisch-leninistischen Kern“ schon vor Kriegsausbruch in den Kampf führen. Auch die Forderung nach Verbot des Ersteinsatzes von Atomwaffen wird man da „geltend machen“ (unser Tip dafür: Volksentscheid!). Der Krieg soll damit möglichst verhindert, jedenfalls verzögert werden. Dabei muß man aber

„gleichzeitig auch für die Bedingungen kämpfen, unter denen ein blockfreies Europa und damit die Zukunftschancen der Arbeiterklasse gegen die beiden Supermächte verteidigt werden können und die für die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse günstig sind. Deshalb wäre es auch ganz falsch, sich gegenüber den verschiedenen Verteidigungskonzeptionen, die unter bürgerlichen Militärpolitikern gehandelt werden, neutral zu verhalten. Man muß diese Widersprüche ausnutzen, um wirkliche Anhaltspunkte für die Volksbewaffnung zu ergreifen, die ja nicht neben der Bundeswehr zu finden sind.“ (KuK Nr. 6/81)

Und Schmierer macht aus seinem Herzen keine Mördergrube, wenn er erörtert, „was man macht“, falls der Krieg „ausbricht unter den jetzigen Bedingungen“:

„Gelingt es, die BRD aus der NATO herauszuberechnen, dann sieht ihre Stellung in der Rivalität der beiden Supermächte ... schon ganz anders aus als jetzt ... Könnte der Krieg auf Seiten Westdeutschlands dann einen anderen Charakter als den Charakter eines Verteidigungskrieges annehmen? ... Dann wäre in einem solchen Krieg nicht die Niederlage, sondern der Sieg die beste Voraussetzung der proletarischen Revolution.“ (KuK Nr. 5/81)

Das war die „Argumentation“ der SPD 1914: erst mal die „Nation“ gegen das „barbarische Rußland“ verteidigen, von der Revolution sprechen wir später. Auch der Hauptfeind des KBW ist heute der gleiche: „die europäischen Völker (müssen) in einem solchen Krieg alles daran setzen, um zunächst die SU zu schlagen als den gefährlichsten Feind...“ (KuK Nr. 6/81). Wir haben schon immer betont, daß Vaterlandsverteidigung die Konsequenz der Drei-Welten-Theorie ist. Was sagen die Genossen des KBW dazu, die

das noch vor wenigen Monaten mit Händen und Füßen abgestritten haben?

Der Kampf, den Liebknecht und Luxemburg gegen die Burgfriedenspolitik der SPD geführt haben, läßt sich zusammenfassen in den Losungen: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ und „Die Niederlage der eigenen Bourgeoisie ist das kleinere Übel“. Der Kampf gegen den Krieg kann nur als Kampf gegen die eigene Bourgeoisie geführt werden. Wenn eine revolutionäre Mobilisierung die Bourgeoisie so schwächt, daß sie den Krieg verliert, wird das Beispiel des revolutionären Proletariats dieses Landes unweigerlich auch Auswirkungen auf die Arbeiterklasse der anderen kriegführenden Länder haben und die besten Voraussetzungen dazu schaffen, ein für alle Mal Schluß zu machen mit der kriegführenden herrschenden Klasse. Aber der KBW will mobilisieren – um den Sieg der eigenen, „national unterdrückten“ Bourgeoisie zu erreichen.

Die letzten „Erkenntnisse“ Schmierers, daß es keinen deutschen Imperialismus mehr gibt und daß der „europäische Imperialismus“ ... bereits mehr ein platonischer Imperialismus“ ist, sagen eigentlich nur noch was über den Geisteszustand des Verfassers aus. Er soll nur mal versuchen, das einem türkischen Arbeiter zu erzählen, der erlebt, wie die Mörder seiner Klassenbrüder vom deutschen Imperialismus bewaffnet werden.

Verteidigt die Sowjetunion

Einer der dümmsten Mythen des maostalinistischen Weltbilds behauptet, der nächste Krieg werde um die Vorherrschaft in Europa ausgetragen. Aber der Krieg wird vorbereitet, weil der Imperialismus seine weltweite Krise durch die Rückeroberung der „verlorenen Gebiete“ lösen will, des Teils der Welt, in dem der Kapitalismus abgeschafft ist. Die Frage nach dem Charakter der Sowjetunion ist natürlich eine der wichtigsten Differenzen zwischen dem Maostalinismus und dem Trotzismus. Eins muß klar sein: selbst wenn die UdSSR kapitalistisch wäre, müßte die Parole der Revolutionäre in jedem imperialistischen Land im Kriegsfall sein: Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Aber die Sowjetunion ist kein „sozialimperialistisches“ Land. Sie ist ein degenerierter Arbeiterstaat, auf dessen ökonomischen Grundlagen (vergesellschaftete Produktionsmittel, Planwirtschaft, Außenhandelsmonopol) eine schmarotzende Bürokratie existiert, die die politische Macht der Arbeiterklasse usurpiert hat. Die chinesische Bürokratie ist ihr feindlicher Zwillingbruder. Wir kämpfen für den

Sturz der parasitären Kaste durch die politische Revolution des Proletariats, verteidigen aber bedingungslos die Grundlagen der Arbeiterstaaten gegen imperialistische Aggressionen, ebenso wie wir Gewerkschaften, die Organisationen der Arbeiterklasse sind, trotz ihrer prokapitalistischen Führung gegen den bürgerlichen Staat verteidigen.

Es gibt also einen Unterschied zwischen der Situation 1914 auf der einen und dem Zweiten Weltkrieg und einem möglichen weiteren Krieg auf der andern Seite. Im Gegensatz zu 1914–17 haben die Arbeiter heute Länder zu verteidigen: die Sowjetunion, Vietnam, Kuba, Nordkorea, die deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas und auch die VR China – die nicht lange einen erfolgreichen Feldzug des amerikanischen Imperialismus gegen die Sowjetunion überleben würde. Die Errungenschaften der Oktoberrevolution bestehen trotz der stalin-

„Zunächst die Sowjetunion schlagen als den gefährlichsten Feind“ (KuK Nr. 6/81)

stischen Degenerierung weiter. Sie den Imperialisten zu überlassen, oder, wie der KBW das tut, in ekelhaftester antikommunistischer Hetze aktiv am Kreuzzug Reagans teilzunehmen, bedeutet ein Verbrechen am internationalen Proletariat.

Niemand, der einst Mitglied des KBW geworden ist, um die Welt revolutionär zu ändern, kann heute noch annehmen, daß diese Organisation irgend etwas mit Revolution im weitesten Sinne zu tun hat oder zu tun haben will. Unter dem Titel: „Die KPD, die keine war“ schrieben wir im April 1980 (Kommunistische Korrespondenz Nr. 30):

„Wir begrüßen herzlich das Ableben einer Organisation, die einen einst revolutionären Namen aus der Geschichte des deutschen Proletariats für ihre antisowjetische, proimperialistische Politik mißbraucht hat. Wir hoffen nur, daß dieses Beispiel Schule machen wird.“

Die Führung des KBW versucht, möglichst viele Mitglieder mit sich in den Sumpf von Resignation und zynischem Antikommunismus zu ziehen. Wir hoffen, daß es noch viele Genossinnen und Genossen gibt, die angeekelt von maostalinistischer Politik, ihren revolutionären Kampfgeist nicht verloren haben, die die westdeutsche Bourgeoisie mehr hassen als die sowjetische Bürokratie. Setzt euch mit dem Trotzismus auseinander! Kämpft mit uns für den Aufbau einer revolutionären Partei, die den Willen und das Programm zum Sieg hat! ■

ABONNIERT!

SPARTAKIST

herausgegeben von der
Trotzkistischen Liga Deutschlands – Sektion
der internationalen Spartacist Tendenz

Jahresabonnement DM 8,50
Überseeabonnement (Luftpost) DM 10, –
einschließlich SPARTACIST, theoretisches
Organ der internationalen Spartacist
Tendenz (deutsche Ausgabe)

Zu beziehen über:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/Main 1
Postcheckkonto Ffm 119 88 – 601
(Verlag Avantgarde GmbH)

Volksfront...

Fortsetzung von Seite 12

neuen Volksfront-Regierung ihre Forderungen aufzuzwingen.

„Aber Streiks werden nur der Rechten nützen!“ schreien die Reformisten und Zentristen, während sie sich eifrig bemühen, die Arbeiterklasse mit Versprechungen für parlamentarische „Veränderungen“ zu betäuben. *Nein, es ist die Klassenkollaboration, die „der Rechten nützt“!* Jede Volksfront an der Macht hat sich, da sie durch ihre Bindungen an die Bourgeoisie von vornherein auf halbe Maßnahmen beschränkt ist, unfähig gezeigt, die ökonomischen und sozialen Krisen zu bewältigen, mit denen sie konfrontiert war. Die Unfähigkeit der Volksfront treibt die verzweifelten kleinbürgerlichen Massen in die Arme eines Pétain oder eines de Gaulle oder zu noch Schlimmerem. Nur wenn die Arbeiterklasse in ihrem eigenen Namen um die Macht kämpft, wenn sie sich fähig zeigt, die Bourgeoisie zu enteignen, kann sie die Massen des Kleinbürgertums auf ihre Seite ziehen.

Die Arbeiter müssen die „Sparpolitik der Linken“ durchaus nicht mit zusammengebissenen Zähnen erdulden, erpreßt durch die Aussicht auf die Rückkehr der Rechten an die Macht. Der Ausweg ist die unabhängige Mobilisierung der Arbeiter, unabhängig von der Volksfront und tatsächlich gegen sie. Jegliche Illusionen in Mitterrands Volksfront stehen sogar den begrenztesten Zielen und Errungenschaften entgegen. Mitterrand muß rausgeworfen werden – nicht von den Reaktionen, sondern von einer Arbeiterregierung.

Die Volksfront des Kalten Krieges

Die Zusammensetzung der Mitterrand-Regierung, Modell 1981, spricht Bände über ihr soziales Programm. Zuerst gibt es da Gaston Defferre, lange Zeit sozialistischer Bürgermeister von Marseille, ein überlanger Antikommunist und abgebrühter Streikbrecher. Ohne Zweifel qualifiziert ihn seine Verwaltung dieses bekannten Treffpunkts der Unterwelt in einzigartiger Weise zum Innenminister. Der „Star“ dieser Regierung ist natürlich Jobert, ein unverbesserlicher Gaullist, der, als de Gaulle noch Präsident war, Pompidous Kabinettschef war, bevor er zum Außenminister Pompidous wurde. Als Wirtschaftsminister kann er nicht nur mit den Ölscheichs dinieren, sondern auch auf der Notwendigkeit der Ausbeutung der Arbeiterklasse beharren, damit Frankreich „international wettbewerbsfähig“ bleibt.

Was den Rest angeht, so scheinen sie alle gleich, ganz egal, von welcher Tendenz der SP sie auch kommen – ein Klüngel von Technokraten, dessen Zugehörigkeit zu einer Partei, die vorgibt, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, bizarr erschien, wenn man nicht die Schwäche des bürgerlichen Liberalismus in einem so klassenpolarisierten Land wie Frankreich im Auge behielt. Da ist zum Beispiel Jacques Delors, der sich erst der SP anschloß, nachdem er Wirtschaftsberater von Chaban-Delmas (Pompidous Ministerpräsident von 1969 bis 1972) war. Welche Empfehlung für einen „sozialistischen“ Wirtschaftsminister! Weiter haben wir Claude Cheysson, einen ehemaligen Generaldirektor, der es sogar fertigbrachte, Giscard's Repräsentant bei der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel zu werden. Als Außenminister hat er schon die Runde in Washington gemacht, um die Reagan-Regierung vom aufrichtigen Antisowjetismus Mitterrands zu überzeugen. Und natürlich ist da der abtrünnige „Linke“ Rocard und eine Menge ehrgeiziger junger Männer, die auf der ENA (Eliteschule für Verwaltungswesen) alles über den Klassenkampf gelernt haben – vom Standpunkt der Kapitalisten. Pierre Mauroy, Mitterrands neuen Ministerpräsidenten, haben wir uns bis zuletzt aufgehoben, da er schlicht der „Spiegel“ der Partei ist, der perfekte Bürokrat. Daß sich dieses Team der Verwaltung der kapitalistischen Krise auf Kosten der Arbeiter verschrieben hat, dürfte wohl keine besondere Überraschung sein.

Aber eigentlich waren es nicht die innenpolitischen Fragen, in denen Mitterrand der Bourgeoisie Sicherheiten geben mußte. Die

se Volksfront übernimmt ihr Amt im Kontext einer neuen vom amerikanischen Imperialismus dirigierte Kalten-Kriegs-Kampagne! *Mitterrand festigte seinen Block mit den Gaullisten auf der Basis eines scharfen Antisowjetismus.* Er verkündet seine umfassende Unterstützung für einen Pro-NATO-„Atlantizismus“. Immer wieder beschuldigte er Giscard, „weich“ gegenüber den Russen zu sein und die Polen und Afghanen zu verraten – ausgerechnet Giscard, der Reagan in El Salvador unterstützte und einen Wirtschaftsboykott gegen Kuba verhängte! Mitterrands Besuch in China vor den Wahlen, sein Eintreten für die amerikanischen Pershing-Raketen in Europa, seine Stellungnahme für die Europäische Gemeinschaft, das wirtschaftliche Anhängsel der NATO – all das bewies deutlich, daß Mitterrand der perfekte Kalte-Kriegs-Sozialist ist.

Mitterrand hat nicht weniger als Giscard das Ziel, das nukleare Arsenal des französischen Imperialismus auszubauen – gegen die Sowjetunion. Er erklärte sich eindeutig für die „Modernisierung der französischen strategischen und taktischen Waffen“ (*Le Monde*, 17. April). Obwohl er taktische Differenzen mit Reagan haben mag, ist Mitterrand zweifellos bereit, seinen Teil zur „Atlantischen Allianz“ beizutragen. Eine Volksfront bedeutet stets „nationale Einheit“ – Hände weg von der bürgerlichen Armee, in der Tat oft sogar noch eine Stärkung dieser Armee im Namen der „nationalen Verteidigung“. Dieses Mal entstand aus der Verbindung von sozialdemokratischem Antikommunismus, gaullistischer Rhetorik und dem internationalen Klima des Kalten Krieges eine *Volksfront unter der Flagge der NATO!*

Wie tief wird sich die KPF erniedrigen?

Als Folge des katastrophalen Ergebnisses für die KPF beim ersten Wahlgang sprang Marchais auf Mitterrands Zug auf. Seit dem 10. Mai bat die KPF – als selbsterklärter Teil der „neuen Mehrheit“ – um kommunistische Minister. Kommunistische Minister in dieser Regierung der Sparpolitik und des Kalten Krieges? Was ist aus all der Kritik an Mitterrands „Rechtsschwenk“ geworden, was aus der Kritik an den Volksfronten von 1936, 1944 und 1972 („Dreimal ist genug!“)? Die Anti-Mitterrand-Kampagne der KPF schlug ihr am 26. April selbst ins Gesicht. Marchais hatte über ein Jahrzehnt die Tugenden der „Einheit“ der Volksfront gepredigt. KPF und CGT hatten Demonstrationen abgesagt, Streiks gebrochen, jeden Kampf der Arbeiter verraten, alles im Namen des Wahlerfolgs der Linksunion. KPF-Genossen, die den Verrat der Marchais, Fiterman & Co. an der Sache des internationalen Proletariats und der Sowjetunion nicht mehr verdauen können, müssen mit ihren Irreführern brechen!

Für eine revolutionäre Opposition zur Volksfront

Da und dort gab es kleine Gruppen von KP-Mitgliedern, die sich weigerten, Marchais bei der Wahl des wütend antisowjetischen Sozialdemokraten Mitterrand zu folgen. Vielleicht wird die Stimmung in diesem Milieu von den durch die kleine links-stalinistische *Le-Communiste*-Gruppe beeinflussten Leuten wiedergegeben. Doch Loyalität zur Sowjetunion, so ehrenhaft sie angesichts der gegenwärtigen Kalten-Kriegs-Kampagne auch sein mag, genügt nicht als Programm. Ohne ein revolutionäres Programm, nur mit Haß auf die Sozialdemokraten im Bauch als Ersatz für eine echte Opposition gegen die Volksfront-Politik, hat sich diese Gruppe das utopische Ziel gesetzt, die KPF zu reformieren.

Als Marchais & Co. im letzten Herbst ihre Wahlkampagne starteten, wobei sie eine „Wählt-kommunistisch-Schlacht“ versprochen und Kritik an früheren Volksfront-Erfahrungen äußerten, zog die Ligue Trotskyste de France (LTF) in Betracht, dem KPF-Kandidaten eine höchst kritische Wahlunterstützung zu geben. Marchais' folgende widerwärtige Kampagne gegen eingewanderte Arbeiter, Teil eines umfassenden Ziels des französischen Chauvinismus, machte jede Möglichkeit zunichte, seine Kandidatur zu einer Wahl Klasse gegen Klasse zu nutzen. Dennoch müssen klassenkämpferische Militante in der Kommunistischen Partei das

trotzkistische Programm und die Politik der LTF untersuchen, der einzigen Tendenz, die darum kämpfte, in den Präsidentschaftswahlen eine proletarische Opposition zur Volksfront-Politik voranzutreiben. Keine neue Linksunion oder rassistische Provokationen im Stile von Vitry, sondern Klassenkampf für eine Arbeiterregierung! Das ist die marxistische Antwort auf den Verrat von 1936, 1944, 1972 und 1981.

Aber die trotzkistische Alternative wird man nicht bei der LCR, der OCI oder Lutte Ouvrière finden, deren schwache Ansprüche, für die Interessen des Proletariats einzutreten, durch die Wahl Mitterrands bloßgestellt wurden. Die fanatischen antikommunistischen Sozialdemokraten der OCI (Organisation Communiste Internationaliste) wählten Mitterrand schon im ersten Wahlgang und priesen seine Nationalisierungspläne als „ersten Schritt zum Sozialismus“! Etwa wie die Nationalisierung von Renault nach dem Krieg? Heute läßt sich die OCI als eine Organisation charakterisieren, die eher in der Tradition Bernsteins als in der Kautskys steht. Sie ist wirklich das fünfte Rad am Wagen der SP. Was die Zentristen der LCR (Ligue Communiste Révolutionnaire, Schwesterorganisation der GIM) angeht, so sagte Alain Krivine am 4. Mai in der Pariser Versammlungshalle Mutualité, daß die einstige Generalstreikparole der LCR zurückgezogen werden sollte, zumindest bis nach den Parlamentswahlen. Es überrascht nicht, daß die LCR dem Proletariat empfiehlt, zu „warten“. Man kann nicht die Interessen der Arbeiter verteidigen und zur gleichen Zeit die Volksfront unterstützen. Am 19. Mai erklärte Krivine: „Wir sind Teil der drei Komponenten der Mehrheit – KPF, SP, extreme Linke...“ (*Le Monde*, 21. Mai). Am liebsten würde dieser verblaßte „Superstar“ einen Posten in der bürgerlichen Volksfrontregierung ergattern – wenn schon Régis Debray, warum nicht Krivine?

Schließlich gibt es da noch die populistischen Demagogen von LO (Lutte Ouvrière), die im Gegensatz zur LCR Mitterrand gegenüber kritischer waren (wenngleich nicht immer von links!). Aber man sollte ihre Kritik nicht zu ernst nehmen, ihr Wahlslogan hieß: „Wählt Mitterrand ohne Illusionen, aber ohne Vorbehalte!“ Ohne Programm und ohne prinzipielle Opposition zur Wahl von Volksfronten kann LO nur völligen Unsinn äußern. Die Arbeiter brauchen ihre eigene Regierung, die die Bourgeoisie enteignet und den Widerstand des Klassenfeindes zerschlägt. Aber die Enteignung der Banken und der Großindustrien wird nicht durch parlamentarische Manöver zwischen den Bürokraten der KPF und der SP zustande kommen. Heute nach einer KP-SP-Regierung zu rufen, ist einfach Schönfärberei für die Unterstützung der gegenwärtig an der Macht befindlichen Volksfront. Nur durch gewaltige Klassenkämpfe können die Massen von der Gewerkschaftsbürokratie und den reformistischen Parteien gebrochen, die Verräter hinweggefegt und die Arbeiterklasse um die revolutionäre trotzkistische Führung gesammelt werden.

Nach Le Bolchéviek Nr. 26, Juni 1981

GIM-Austritt...

Fortsetzung von Seite 5

die Tradition des Trotzkismus aufrechterhält und weiterführt. Die damalige Revolutionary Tendency (Kern der späteren Spartacist League/U.S.) hat gegen die Kapitulation der SWP vor Castros Stalinismus gekämpft. Die iST hat marxistische Positionen sowohl zu Vietnam („Für den militärischen Sieg der FNL – keine politische Unterstützung der Stalinisten“, „Ganz Indochina muß kommunistisch werden“, „Für Arbeiterstreiks gegen den Krieg“) als auch zum bewaffneten Kampf in Lateinamerika, zum linksbonapartistischen Weg des Guerillismus entwickelt (siehe unser Dokument „Kuba und der vorgebliche Trotzkismus“, Mai 1981). Sie hat gegen alle Spielarten der Klassenkollaboration für die Klassenunabhängigkeit des Proletariats gekämpft und im Gegensatz zu den Pabloisten niemals vor der Volksfront – laut Trotzki „das beste Kriterium zur Unterscheidung des Bolschewismus von Menschewismus“ – kapituliert, sei es in Ceylon, Chile oder

Frankreich. Als einzige Organisation hat sie von Anfang an die Wahrheit über die iranischen Mullahs gesagt, so „sektiererisch“ das auch sein mochte. Während die gesamte internationale Linke sich vor Begeisterung für die iranische „Revolution“ überschlug, hat nur die iST die absolute Unversöhnlichkeit der Interessen der Frauen, der nationalen Minderheiten und der Arbeiter mit der reaktionären Moslem-Bewegung aufgezeigt und mit der Frage der proletarischen Machtergreifung verbunden. „Sich der Realität stellen; nicht den Weg des geringsten Widerstands suchen; die Dinge beim richtigen Namen nennen; den Massen die Wahrheit sagen, wie bitter sie auch sein mag; keine Hindernisse fürchten; ehrlich sein in großen wie in kleinen Dingen; sein Programm auf der Logik des Klassenkampfes begründen; kühn sein, wenn die Stunde zum Handeln gekommen ist – das sind die Regeln der Vierten Internationale.“ Das sind heute die Regeln der iST und ihrer deutschen Sektion, der TLD.

Genossen, Mandel meinte vor einiger Zeit, für die GIM könne man nur noch beten. Wir können uns was besseres vorstellen. Wir wollen für die weltweite proletarische Revolution kämpfen und nicht „Dialogpartner“ für Glotz, Voigt und von Oertzen sein oder reformistisch pazifistische Märchen wie „Arbeitsplätze statt Rüstung“ (was tun? Nr. 310, 14.5.1981) verkaufen bis ein imperialistischer Krieg die Frage „Sozialismus oder Barbarei“ zugunsten der letzteren entscheidet (siehe unser Dokument „Für revolutionären Antimilitarismus“, in RB 4, 27.3.1981). Deshalb brechen wir auf einer umfassenden, programmatischen Grundlage mit dieser nicht reformierbaren Organisation. Wir treten aus der verrotteten GIM aus, um mit der internationalen Spartacist Tendenz, mit der TLD, Kontakt aufzunehmen. Wir fordern alle Genossinnen und Genossen in der GIM, die das Proletariat an der Macht sehen wollen, auf, sich mit uns in Verbindung zu setzen, um mit uns über diese Perspektive zu diskutieren.

- Brecht mit dem pabloistischen Opportunismus!
- Vorwärts zur Wiedergeburt der Vierten Internationale!
- Es lebe die proletarische Weltrevolution!

Bernhard (Freiburg)
Claudius (Westberlin)

28. Mai 1981

Israel...

Fortsetzung von Seite 12

irakische Atombombe. Nur die Israelis besitzen die Atombombe mindestens seit 1974. Und die Araber könnten nach der alten gemeinsamen Kriegsethik: „Auge um Auge, Zahn um Zahn (Reaktor um Reaktor)“ zurückschlagen, mit Tausenden strahlenverseuchter Israelis.

Das zionistische Israel ist wahrlich nicht das „gelobte Land“, sondern eine historische Todesfalle mit einer immer gegenwärtigen Kriegsgefahr. Mehr und mehr jüdische Bürger verlassen das Land und die Juden aus der UdSSR betrachten Israel als eine Hölle und fahren gleich weiter zu Reagans „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“. Für die zionistischen Fanatiker ist jeder Jude, der emigriert, ein Verräter. Sie versuchen immer stärker, dem jüdischen Volk ihre Belagerungsmentalität einzupflanzen und sind bereit, nicht nur jeden Israeli im nächsten Krieg gegen die Araber zu opfern und ganz Israel in einem nuklearen Krieg auszulöschen, sondern einen globalen Holocaust auszulösen.

Begins Ausfälle gegen Reagans Kritik sind in einem Punkt zutreffend: Begins Provokation ist wirklich gefährlich, aber sie verblaßt vor der beispiellosen Ansammlung von Atomwaffen in den Händen der US-Imperialisten. Und sie sind genauso willig wie die Zionisten, sie zu gebrauchen. 1962 war der liberale John F. Kennedy anlässlich der kubanischen „Raketenkrise“ genauso bereit, die Welt in die Luft zu jagen, um die „Sicherheit der USA zu verteidigen“. Wenn nicht das Weltproletariat sein Schicksal in die eigenen Hände nimmt, werden die Imperialisten den fürchterlichsten Holocaust aller Zeiten verursachen.

Nach Workers Vanguard Nr. 283, 19. Juni

SPARTAKIST

Mitterrands Wahlsieg: „Einheit“ auf dem Rücken der Arbeiter Nein zur NATO-Volksfront!

Mitterrands Wahlsieg – ein Sieg der Linken? Schon vor der Ankündigung der „Übergangsregierung“ und schon vor den Ergebnissen der Wahlen zur Nationalversammlung war klar, daß Mitterrands Regierung eine des Kalten Krieges und der Sparpolitik sein wird, eine Volksfront im Dienst der NATO. Gleich nach der Kabinettsbildung beeilte sich Mitterrand, dem amerikanischen Vizepräsidenten George Bush zu versichern, daß Frankreich „ein treuer Verbündeter der USA“ sei. Er beruhigte ihn auch über die Anwesenheit der vier KPF-Minister in der Regierung. Wie bürgerliche Kommentatoren bemerkten:

„Für Staatspräsident Mitterrand sind die Kommunisten in ihrer heutigen Verfassung kein Problem... Denn der Hausherr im Elysée-Palast sieht die Kommunisten lieber auf einigen Ministersesseln als agitierend auf der Straße. Er holt sich ihre Rückendeckung für seine Wirtschafts- und Außenpolitik... Zugang zu wichtigen Staatsgeheimnissen, etwa aus der Verteidigung, haben die Kommunisten nicht.“ („Heute“-Nachrichten, 23. Juni, und „Tagesschau“, 24. Juni)

Für vier Posten in einer bürgerlichen Regierung (Gesundheit, öffentlicher Dienst, berufliche Ausbildung, Verkehr – die KPF an den Schalthebeln der Macht!...) verrieten die französischen Stalinisten ihre Verteidigung der Anwesenheit sowjetischer Truppen in Afghanistan, die dort gegen feudalistische Mullah-Banden kämpfen. Sie stimmten ein in die imperialistische Hetze über Polen und machten Abstriche an ihrem ohnehin reformistischen „Verstaatlichungsprogramm“. In dem am 23. Juni veröffentlichten Abkommen zwischen SP und KP erklärten die Stalinisten außerdem, unter der Volksfrontregierung keine Streiks führen zu wollen!

„Im Bewußtsein der Aufgaben, die ihnen die Situation auferlegt, erklären sich die beiden Parteien bereit, die neue Politik zu betreiben, für die sich die Französinen und Franzosen durch die Wahl François Mitterrands entschieden haben... sie werden das in der Regierung in uneingeschränkter Solidarität tun, sie werden das ... in den Fabriken tun.“ (Hervorhebung von uns)

Le Monde (25. Juni) stellt dazu in einem Leitartikel zufrieden fest:

„Mit anderen Worten: wenn soziale Schwierigkeiten auftauchen sollten, müßten die kommunistischen Minister die eventuell rebellierenden Elemente der Arbeiterklasse nicht davon überzeugen, daß man einen Streik zu beenden wissen muß (gemäß der alten und berühmten Formel von Maurice Thorez), sondern davon, daß es sich geziemt, einen Streik gar nicht erst auszulösen.“

Haben Millionen kommunistischer Arbeiter Marchais ihre Stimme gegeben, damit er vor NATO-Mitterrand auf die Knie fällt? In der Pariser satirischen Zeitung *Le Canard Enchaîné* hieß es treffend: „Erste Maßnahme: Mitterrand verstaatlicht Kommunisten“. Die Ligue Trotskyste de France war dagegen, in der ersten oder zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen und auch bei den Parlamentswahlen Mitterrand zu wählen, weil wir sagten, daß er der Kandidat der Volksfront ist – der Kandidat eines Bündnisses, das die Arbeiter an ihre Ausbeuter bindet. Die Reaktionen behaupteten, Mitterrand wäre die Geisel der Kommunistischen Partei (KPF). Unsinn! Mitterrand ist die Geisel seiner gaul-



Mitterrands Karriere: bürgerlicher Minister, reformistischer Verräter, Volksfrontpräsident

listischen und bürgerlich-radikalen Partner. Aber Leute wie der Gaullist Michel Jobert werden nicht nur dazu dienen, der Bourgeoisie zu beweisen, daß Mitterrand „die Fünfte Republik respektieren“ will; sie werden auch als Alibi dienen, um den Zorn der Arbeiter zu beschwichtigen: „Ich kann nicht mehr tun“, wird Mitterrand sagen, „ich muß mein Bündnis mit der Mitte bewahren.“ Somit werden Jobert und die anderen bürgerlichen Honoratioren das Veto-Recht über das Sozialprogramm der Regierung haben.

23 Jahre Fünfte Republik waren das Vermächtnis der verheerenden Niederlage, die die Arbeiter erlitten hatten, als die Volksfront an der Macht war. In den dreißiger Jahren

zögerte der Ministerpräsident der Volksfront, Léon Blum, nicht, Polizei gegen die streikenden Arbeiter zu schicken (Clichy), und der erbärmliche Zusammenbruch seiner Regierung gab schließlich den Weg frei für Marschall Pétain. Die Volksfront nach dem Krieg brach die Arbeiterstreiks und ertränkte die koloniale Revolte in Blut. Die „Mitte-Links-Koalition“ der fünfziger Jahre führte den schmutzigen Algerienkrieg und ebnete den Weg für de Gaulles Staatsstreich. Von Spanien 1936 bis Chile 1973 entmutigt und entwaffnet die Volksfront mit leeren Versprechungen auf soziale Reformen die Arbeiter in ihrem Kampf gegen die Reaktion.

Wenn die Arbeiterklasse nicht eingreift,

um damit Schluß zu machen, wird es dieses Mal nicht anders sein. Was bietet Mitterrand denn an? Ein Ende der Inflation? Die Preise sollen „frei“ bleiben – der SMIC (Minimallohn) soll angeblich um zehn Prozent angehoben werden. Aber Mitterrands Technokratelique weist warnend darauf hin, daß Lohnerhöhungen nicht zur „Lokomotive“ der Inflation werden dürfen. Die 35-Stunden-Woche? Einzelverhandlungen für jeden Industriezweig und für jedes Unternehmen, sagt Mitterrand – in jedem Fall ist die Hauptsache höhere Produktivität („wir“, daß heißt, die Bourgeoisie, müssen Japan „einholen“). Mehr Arbeitsplätze? Hier heißt die Antwort „die Investitionen wiederankurbeln“, das heißt dicke Subventionen für die Kapitalisten. „Nationalisiert die Monopole“ bei voller Entschädigung der Aktionäre? Das kostet 60 Milliarden Francs! Eine Außenpolitik des „Friedens“? Die Sozialistische Partei (SP) ruft nach dem Bau von zumindest zwei weiteren Atom-U-Booten und Mitterrand ist für die amerikanischen Marschflugkörper in Europa.

Die Führer der Arbeiterklasse haben für die neue Regierung eine Art sozialen Burgfrieden bis zu den Parlamentswahlen verlangt, unter dem Vorwand, Mitterrand brauchte eine parlamentarische Mehrheit. Aber Mitterrand hat seine Verbündeten bereits gewählt, und das sind die gleichen alten bürgerlichen Politiker, gegen die die Arbeiterklasse seit 25 Jahren kämpft. Was die Irreführer der Arbeiterklasse – vom neuen Präsidenten bis zu KP-Führer Georges Marchais und CGT-Führer Georges Séguy – am meisten fürchten, ist, daß die Arbeiterklasse das beschauliche Drehbuch über den Haufen wirft und die Dinge in die eigene Hand nimmt, indem sie streikt, um der

Fortgesetzt auf Seite 11

Israelische Atomterroristen

Menachem Begins Luftangriff auf den irakischen Atomreaktor „Osirak“ hätte der Auslöser für den Dritten Weltkrieg sein können. Aber dieses bislang kriminellste Abenteuer ist nur das letzte einer ganzen Kette von Provokationen einer immer ungehemmter agierenden zionistischen herrschenden Klasse, die spürt, daß die Geschichte nicht auf ihrer Seite steht. Die Grenzen von „Eretz Israel“ scheinen vom Radius der F-16-Jets bestimmt zu werden, und das nächste Ziel sind die syrischen SAM-6-Raketen. Selbstverständlich sind die arabischen Herrscher nicht friedliebender oder wirkliche Freunde der Palästinenser, sie sind zur Zeit nur militärisch schwächer.

Begins Terrorangriff wurde weltweit verurteilt, sogar Israels Schutzpatron in Washington sah sich gezwungen, sich von der Attacke zu distanzieren. Die zionistischen Terroristen reagierten auf diese offensichtlich minimale Schelte mit zähnefletschendem Trotz: „Israel rüstet sich nicht mit Waffen nur für Paradezwecke.“ Mit anderen Worten, Israel wird mit den amerikanischen Waffen machen, was ihm paßt. Begin konnte wirklich nicht die ganze Aufregung verstehen, war er doch so „humanitär“, den Reaktor am

Sonntag (wo keine französischen Techniker hätten anwesend sein sollen) zu bombardieren, ganz gemäß der angeblichen israelischen Kriegsethik: „Gebrauche niemals Waffen gegen unschuldige und unbewaffnete Zivilisten.“ Für den Palästinenserschlächter Begin sind Araber natürlich keine „unschuldigen Zivilisten“. Begin, der den ehemaligen Wehrmachtsoberleutnant Helmut Schmidt als einen alten Nazi ohne „Herz, Gedächtnis und ohne Menschlichkeit“ bezeichnete, ist selber der Irgun-Mörder von Deir Yassin.

Begin torpediert Reagans großen antisowjetischen Plan

Reagans Räuspern in dem weltweiten Chor der Empörung über Israels „Präventivschlag“ kam nicht aus Sorge des US-Imperialismus für die „unschuldigen Zivilisten“. Mit der Zerstörung des irakischen Reaktors liegt, zumindest für die nächste Zeit, auch Washingtons großer Wurf für einen „strategischen Konsens“ im Nahen Osten gegen die Sowjetunion am Boden. Jetzt richten sich die Angriffe der antikommunistischen Scheichs gegen den „internationalen Terrorismus“ nicht gegen die Sowjetunion, sondern gegen

Israel und indirekt gegen die USA, Israels Schutzmacht. Für Jerusalem bedeutet Reagans „strategischer Konsens“ mehr Waffen für die arabischen Staaten. Mit seinen Provokationen will Israel in diesen Waffenhandel einen Keil treiben, wohlwissend, daß es unmöglich ist, gleichzeitig Israel zu unterstützen und mit den Arabern eine antisowjetische Allianz zu schließen.

Aber Begins Schachzüge könnten sich im Endspiel als katastrophale Fehlkalkulation erweisen. Die bedingungslose Verteidigung des zionistischen Staates könnte den globalen und langfristigen Interessen der USA im Wege stehen und fallen gelassen werden. Das wissen die Zionisten auch, was ihre Paranoia und ihre Provokationen nur noch steigert: Massenterror ist eine Bedingung für das Überleben des kapitalistischen Israel – zum Teufel mit den Konsequenzen, ob das nun Abschlagen von Tausenden von Arabern oder Weltkrieg bedeutet.

Zionismus: Todesfalle für Juden

Israel rechtfertigt die Zerstörung des Reaktors mit der Bedrohung durch eine potentielle Fortgesetzt auf Seite 11